



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Bundesrat

# TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESRAATES

Vorsitz Wien (2. Halbjahr 2013) und Burgenland (1. Halbjahr 2014)



**Impressum:**

*Herausgeberin, Medieninhaberin, Herstellerin:* Parlamentsdirektion

*Adresse:* Dr. Karl Renner-Ring 3, 1017 Wien, Österreich

*Redaktion:* Susanne Bachmann, Barbara Blümel, Katharina König, Ute Krycha-Weilinger

*Bildredaktion:* Ute Krycha-Weilinger, Bernhard Zofall

*Coverfotos:* © media wien, Olga Posaškova, Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany, Leo Hagen, Mike Ranz, Parlamentsdirektion/HBF/Julia Weichselbaum, Parlamentsdirektion/Michael Buchner

*Grafische Gestaltung (Layout, Grafik, Fotobearbeitung):* Dieter Weisser

*Druck:* die 2gstelle Fulfillment OG

Wien, im Juli 2014

## Reinhard Todt

Dem Bundesrat als föderalistisches Instrument der Länder obliegt die Aufgabe der Gesetzgebung, in einem demokratischen Land wie Österreich eine wesentliche Einrichtung, um Grundwerte und Grundrechte für alle BürgerInnen zu gewährleisten und damit die Basis für ein gedeihliches Miteinander zu fördern.

Es war mir während meiner Präsidentschaft ein persönliches Anliegen, die Interessen aller Bundesländer in diesem Sinne verstärkt weiter zu entwickeln und zu unterstützen. Ein Schwerpunkt meiner Präsidentschaft hat sich aus meiner beruflichen Tätigkeit im Dienste der älteren Generation ergeben: Ich wollte und will mich vor allem dafür einsetzen, die Armut in dieser Bevölkerungsgruppe zu bekämpfen und existenzsichernde sozialpolitische Maßnahmen für die Pensionisten/innen zu fördern.

Den föderalistischen Gedanken als Wiener, aber auch die Sicht der Österreicherin und des Österreichers, die aus ländlichen Bereichen in zentrale Ballungszentren ziehen, habe ich einer intensiveren politischen Betrachtung unterzogen und Möglichkeiten der Integration in unseren Städten beleuchtet. Gerade diese Maßnahmen sollten darauf abzielen, das Miteinander zu fördern und Barrieren abzubauen.

Nationalratswahlkampf und Regierungsbildung haben meine Präsidentschaft natürlich beeinflusst; als Beitrag der Länderkammer habe ich eine Direktwahl der Mitglieder des Bundesrates im Rahmen der jeweiligen Landtagswahlen zur Diskussion gestellt. Nicht zuletzt waren und sind mir die Rahmenbedingungen für die Tätigkeit des Bundesrates ein besonderes Anliegen, deren Verbesserung auch Eingang in das Reformpapier der LandtagspräsidentInnen und Landeshauptleute zum Bundesrat gefunden hat. Alles Gute für den Bundesrat als wichtiger Mediator zwischen Bundes- und Landespolitik!



© Parlamentsdirektion/WILKE

## Michael Lampel

Das Burgenland hat seinen Vorsitz in der Landeshauptleutekonferenz und im Bundesrat unter das Motto "Starke Regionen. Unsere Zukunft!" gestellt. Starke Regionen sind der Garant für eine bürgernahe Politik und für eine Demokratie der Nähe – sie stehen auch für eine Vielfalt, die es gerade in einem Europa der Zukunft zu pflegen und zu erhalten gilt.

Der Föderalismus ist ein fester Bestandteil der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik. Und ich bin davon überzeugt, dass der Föderalismus – verbunden mit den notwendigen Reformen – auch künftig wesentlich zu einer positiven Entwicklung Österreichs beitragen wird. Der Bundesrat soll dabei, wie dies auch die Bundesregierung als Ziel formuliert hat, in seinen Aufgaben gestärkt werden. Ein moderner Föderalismus muss eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern ebenso beinhalten wie die Möglichkeit einer effektiveren Mitwirkung des Bundesrates an der Gesetzgebung des Bundes. Der Bundesrat hat auch seine Aufgaben als Europakammer im Zusammenhang mit den Subsidiaritätsverfahren sehr aktiv wahrgenommen und damit wichtige Beiträge zur Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips geleistet.

Ein besonderer inhaltlicher Schwerpunkt des burgenländischen Vorsitzes im Bundesrat ist das Thema Nachhaltigkeit und die Nutzung erneuerbarer Energie. 2013 hat das Burgenland die Energiewende bei der Stromversorgung geschafft, womit das Burgenland eine europaweite Modellregion ist. Ich sehe darin ein Musterbeispiel für die erfolgreiche Nutzung regionaler Stärken. Nachhaltigkeit ist somit auch ein Schwerpunktthema in diesem Tätigkeitsbericht, der darüber hinaus umfassend über die Vielzahl an Aktivitäten, die der Bundesrat innerhalb eines Jahres gesetzt hat, Auskunft gibt.



© Parlamentsdirektion/WILKE

## Statements der Fraktionsvorsitzenden

### BR als "Länderhebel" bei EU-Mitgestaltung

Die Debatten und Diskussionen über Reformen oder Abschaffung des Bundesrates in den vergangenen neunzig Jahren sind legendär. Die letzte Debatte dieser Art wurde bemerkenswerter Weise von NR-Präsidentin Barbara Prammer unmittelbar nach der Nationalratswahl 2013 ausgelöst. Die darauffolgenden Debattenbeiträge hatten eine andere Qualität als die meisten vorherigen Artikel und Kommentare. Erstmals wurden die BundesländervertreterInnen herausgefordert, zu erklären, welche Aufgaben der Bundesrat für die Bundesländer erfüllt – auch innerhalb der Europäischen Union.

### Europa als neue Aufgabe

Niemals zuvor wurde mehr über diese jüngste Kompetenz des Bundesrates – die indirekte und direkte Mitwirkung an der EU-Rechtsetzung und EU-Willensbildung – diskutiert. Der sog. Lissabon-Vertrag der EU hat die nationalen Parlamente, und damit auch den Bundesrat, mit völlig neuen Aufgaben und Kompetenzen ausgestattet. Die Länderkammer sichert damit auch die Mitsprache der österreichischen Bundesländer im europäischen Gesetzwerdungsprozess. So kann der Bundesrat innerhalb von acht Wochen nach Übermittlung des Entwurfes eines Gesetzgebungsaktes darlegen, weshalb der Entwurf seines Erachtens mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar ist. Der Bundesrat hat von dieser Möglichkeit einer begründeten Stellungnahme allein im Jahre 2013 sechs Mal Gebrauch gemacht. Er koordiniert auch die Länder-Stellungnahmen und kann Verletzungen des Subsidiaritätsprinzips beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einklagen. Der Bundesrat als verlängerter Arm der Länder nach Brüssel. Neue Arbeit für die MandatarInnen – aber besonders wichtig für ein besseres Europa näher bei den BürgerInnen!



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Gottfried Kneifel**

**Vorsitzender der  
ÖVP-Bundesratsfraktion**

### Föderalismus als Eckpfeiler unserer Demokratie

Der mittlerweile dritte Tätigkeitsbericht zeigt deutlich den Umfang und die große thematische Bandbreite im Bundesrat. Es wurde wieder viel bewegt, und auch in der Ländervertretung selbst fanden wichtige Veränderungsprozesse statt. Diese Reform ist absolut notwendig und muss daher mit voller Kraft vorangetrieben werden. Allen Tendenzen, den Bundesrat in seinen Mitbestimmungsrechten einzuschränken oder ihn gar völlig abzuschaffen, müssen wir eine klare Absage erteilen. Denn dies hätte eine Schwächung unseres Staatsgefüges zur Folge. Der Bundesrat ist für unsere Demokratie unverzichtbar, er ist die starke Vertretung der Bundesländer, die Stimme der Regionen. Diese Mitbestimmung ist gelebter Föderalismus. Daher muss der Bundesrat als gesetzgebendes Gremium weiter gestärkt, aufgewertet und in der öffentlichen Wahrnehmung präsenter gemacht werden. Im Bundesratsreformgesetz wurde eine Reihe von Vorschlägen zusammengefasst. Dieses muss nun gemeinsam, fraktionsübergreifend, in einem breiten Dialog vorangetrieben werden. Denn eines steht fest: Der Bundesrat ist bereit für Veränderungen, er ist bereit, Reformen zu wagen, aus denen er gestärkt hervorgehen kann. Wie unverzichtbar ein starker Bundesrat, und damit ein starkes Bekenntnis zum Föderalismus für die Gesetzgebung, und damit für die Demokratie, in Österreich ist, zeigt auch dieser Bericht.



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Christian Füller**

**geschäftsführender SPÖ-  
Fraktionsvorsitzender im  
2. Halbjahr 2013**



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Reinhard Todt**

**Vorsitzender der  
Bundesratsfraktion der SPÖ**



## Heimat – lokal und in Europa

Wo immer man hinschaut merkt man, wie wichtig den Menschen ihre engste Heimat ist. Der Platz, an dem man geboren ist und an dem man lebt, kommt immer zuerst. Alles, was weiter weg ist, kommt später. Bei der Enquete zum Thema "Zukunft Land: Trends, Herausforderungen und Lösungen" wurde deutlich, dass die Menschen wegziehen, wenn die Bedingungen wie Wohnen, Arbeit, Kinderbetreuung, Schule, Freizeit nicht mehr im entsprechenden Ausmaß vorhanden sind. Diese Entscheidung treffen v.a. Frauen. Es haben fast alle Teilnehmer festgestellt, dass, wenn die Frauen weggehen, die Gemeinde stirbt.

Daher ist es so wichtig, dass die Politik nahe am Bürger ist und die Rahmenbedingungen stimmen. Die niedrige Wahlbeteiligung bei der letzten EU-Wahl lässt den Schluss zu, dass für die Menschen Brüssel weit weg ist. Dort werden zwar wichtige Gesetze beschlossen, die ganz Europa betreffen, aber die meisten Menschen fühlen sich davon offensichtlich nicht wirklich angesprochen. Und sie haben auch nicht wirklich das Gefühl, mit ihrer Stimme mitentscheiden zu können, was in Brüssel oder Straßburg geschieht.

Der EU-Ausschuss des Bundesrates hat sich sehr intensiv mit Verordnungen und Entwürfen der Europäischen Kommission beschäftigt. Nach Schweden kamen die meisten Subsidiaritätsrügen aus unserem Bundesrat. In Zusammenarbeit mit anderen EU-Ländern konnte so z.B. die Konzessionsrichtlinie gekippt werden, die unter anderem vorgesehen hätte, dass unser Wasser privatisiert wird. Es ist wichtig, diese Arbeit den Menschen in den Ländern näher zu bringen, sie entsprechend zu kommunizieren. Als Politiker müssen wir darauf achten, Bedingungen zu schaffen, die es den Menschen möglich machen, ihre engste Heimat als lebenswert zu betrachten.



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Monika Mühlwerth**

**Vorsitzende der Bundesratsfraktion der FPÖ**

## Kritisches Selbstbild und europäische Aufgabe

Obwohl der Bundesrat nie auf einmal neu gewählt wird, weil sich die Zusammensetzung der Länderkammer durch die Landtagswahlen ergibt, hat eine Wahl der Schwesterkammer, des Nationalrates, natürlich Auswirkungen auf die Arbeit des Bundesrates. Wenn bundesweit Wahlkampf angesagt ist und nach der Wahl eine Regierung erst gebildet werden muss, gibt es kaum Gesetze, die zu beschließen wären.

Allerdings hört die Arbeit nicht auf und es fallen weiterhin zukunftsweisende Entscheidungen, etwa auf Europa-Ebene, an. Genau hier schlägt die Stunde des Bundesrates: Der EU-Ausschuss des Bundesrates ist enorm fleißig und schafft sich mittels Mitteilungen und Subsidiaritätsrügen Gehör in Europa. Damit ist der österreichische Bundesrat diesbezüglich die zweitfleißigste Kammer unter den 39 parlamentarischen Kammern in der EU. So konnten auch umstrittene Vorhaben wie etwa die Saatgutverordnung kritisch hinterfragt und sogar verhindert werden – außer eine neue Kommission startet einen weiteren Versuch.

Womit der Bundesrat immer beschäftigt ist, ist seine eigene Rolle. Auch in diesem Arbeitsjahr war die Abschaffung oder Reform der Länderkammer mediales Schlachtfeld. Allerdings ist eine (berechtigte!) Institutionendiskussion besser an das Ende einer viel wesentlicheren Debatte zu stellen: Wie will Österreich zukünftig Föderalismus effizient organisieren? Wenn diese Frage beantwortet wurde, stellt sich auch die Frage über die Existenz des Bundesrates neu.



© Parlamentsdirektion/WILKE

**Marco Schreuder**

**Vorsitzender der Bundesratsfraktion der Grünen**

# Inhalt

## Grußworte der Präsidenten

## Statements der Fraktionen

## Aktives Altern

BR-Enquete: Aktives Altern als gesamtgesellschaftlicher Gewinn.....	5
---	---

## Erneuerbare Energien

<i>Johann Binder</i> Energiestrategie Burgenland 2020+ .....	12
Burgenländisches Landesentwicklungsprogramm.....	15
Energiewende bei der Stromversorgung .....	16
BR-Enquete: Erneuerbare Energien und lokale Wertschöpfung .....	18

## Wiener Präsidentschaft – Die Schwerpunkte

Antrittsrede von BR-Präsident Reinhard Todt.....	20
Landtagspräsidentenkonferenz in Riegersburg .....	20
BR-Enquete zum Internationalen Tag der älteren Menschen .....	21
Hearing zum "Österreichischen Städtetourismus".....	22
Internationale Kontakte .....	23
Buchpräsentationen.....	25
Resümee über die Kernpunkte der Wiener Präsidentschaft .....	27

## Stimmen aus Wien

<i>Brigitte Bailer</i> Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.....	28
--	----

## Burgenländische Präsidentschaft – Die Schwerpunkte

<i>Michael Lampel</i> Moderner Föderalismus als Modell für die Zukunft .....	30
Zur Rolle des Bundesrates in der Europäische Union.....	30
Internationale Kontakte .....	32
Unterstützung für das Projekt "Verbindende Hände" .....	35
Gedenktag 5. Mai 2014 .....	36
Jugendparlament 6. Mai 2014.....	38
BR-Enquete: Ein Blick Richtung Zukunft .....	39
Resümee über die Kernpunkte der burgenländischen Präsidentschaft .....	41

## Stimmen aus em Burgenland

<i>Hans Niessl</i> Starke Regionen – unsere Zukunft.....	42
Vielfältige Kunst aus Neufeld an der Leitha.....	43

## Statistik

## Aktives Altern als gesamtgesellschaftlicher Gewinn

### Wichtige Enquete des Bundesrates zum Thema

Der amerikanische Industrielle Henry Ford meinte: "Nimm die Erfahrung und die Urteilskraft der Menschen über 50 heraus aus der Welt, und es wird nicht genug übrigbleiben, um ihren Bestand zu sichern." Weise Worte, die dem unschätzbaren Wert der älteren Generation für die gesamte Gesellschaft treffend Ausdruck verleihen. Denn eines steht völlig außer Zweifel: Alle Generationen, unser ganzes Land profitiert vom Erfahrungsschatz und dem Wissen der älteren Generation. Es vollzieht sich ein fundamentaler gesellschaftlicher Wandel. Nicht nur durch die demographische Entwicklung, die steigende Lebenserwartung, sondern v.a. durch eine neue Form des Alterns. Die SeniorInnen des frühen 21. Jahrhunderts sind aktiver, gesünder und besser ausgebildet als alle Generationen vor ihnen, und sie wollen und sollen auch eine immer größere aktive Rolle in allen Lebensbereichen spielen. Diese gewonnenen Jahre bergen unendlich viel Potenzial,

stellen aber auch große Herausforderungen an Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Um auf die Chancen und Herausforderungen, die sich durch den demographischen Wandel ergeben, aufmerksam zu machen und um die spezifische Lebenssituation von älteren Menschen weltweit stärker in den Fokus zu bringen, haben die Vereinten Nationen im Jahr 1990 den 1. Oktober zum Internationalen Tag der älteren Generation erklärt. Dementsprechend hielt der Bundesrat an diesem Tag eine Enquete im Parlament ab mit dem Titel: "Der Anteil der älteren Menschen steigt in der österreichischen Gesellschaft stetig an – welche Auswirkungen hat dies auf die verschiedenen Lebensbereiche der älteren Menschen, welche Herausforderungen stellen sich für die österreichische Politik?".

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, in unserem Land eine Kultur des aktiven Alterns zu schaffen. Aber auch jede/r einzelne ältere Mitbürger/in muss für sich seinen/



Der Vorsitzende der ÖGB PensionistInnen, Werner Thum, am Rednerpult © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

ihren eigenen Beitrag leisten. Aktivität und Prävention sind der Schlüssel, um ein langes, erfülltes Leben, ein Leben in körperlicher und geistiger Fitness bis ins hohe Alter führen zu können. Durch bewusstes Fordern von Körper und Geist, durch moderate Bewegung, durch aktive Teilhabe an allen Lebensbereichen, durch Neugier und Weiterbildung können die späten Jahre erfüllt und sinnstiftend erlebt werden. Oder – wie uns ein weises Sprichwort zu lehren pflegt –: "Man ist nur einmal jung. Aber wie lange dieses eine Mal dauert, das ist die Frage."

Die Politik muss stärker auf die Interessen älterer Generationen Bedacht nehmen, immerhin wird der Anteil der über 65-Jährigen im Jahr 2030 auf 24% der Gesamtbevölkerung angestiegen sein. Bundesratspräsident Todt betonte, es gelte, im Sozialstaat Österreich gegen Altersarmut zu kämpfen und existenzsichernde sozialpolitische Maßnahmen für PensionistInnen durchzusetzen. "Das ist – zweifelsohne – eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Gegenwart". Vorrangiges Ziel sei dabei die noch bessere Einbeziehung des Seniorenrates in alle die ältere Generation betreffende Maßnahmen. Zudem sei die Arbeit der Beiräte in den Sozialversicherungen ein

wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Mitwirkung und Mitbestimmung älterer BürgerInnen und müsse intensiv unterstützt werden. Deswegen sei das Stimmrecht dieser Beiräte gesetzlich zu verankern, präzisierte Todt. Nicht zuletzt sei es notwendig, das Verständnis zwischen der jungen und der älteren Generation zu fördern.

### Beschäftigung, Pensionen, Pflege – Zukunftsfragen von großer Brisanz

Sozialminister Hundstorfer beleuchtete in seinem Referat die Auswirkungen des demographischen Wandels v.a. auf die Bereiche Pensionen, Pflege und Beschäftigung. Grundsätzlich sei es natürlich "ganz toll", in einem Land zu leben, in dem die Lebenserwartung der Menschen ständig steigt, sagte er. Durch diese Entwicklung ergäben sich aber eine Reihe von Herausforderungen für die Politik und die Gesellschaft, die man offen ansprechen müsse. Viele wichtige Maßnahmen seien bereits in den letzten Jahren eingeleitet worden – wie z.B. die Einführung des Pensionskontos oder die Abschaffung der befristeten Invaliditätspension –, erinnerte Hundstorfer, aber es gebe noch Einiges zu tun. Ab dem 1. Jänner 2014 werde zudem die Änderung der Langzeitenversichertenregelung wirksam, die u.a. eine Staffelung des Antrittsalters bringt. Positiv vermerkte der Minister, dass die ÖsterreicherInnen im letzten Jahr erstmals später, und zwar um insgesamt fünf Wochen, in Pension gegangen sind. Auch wenn dieser Fortschritt relativ gering erscheine, so handle es sich dabei um eine echte Trendwende, die dazu geführt habe, dass um € 125 Mio. weniger Bundeszuschuss erforderlich war.

Als eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft sah Hundstorfer die Verringerung der Invaliditätspensionen an, da sie derzeit ein Drittel der insgesamt 96.000 Pensionsanträge pro Jahr (ohne BeamtenInnen) ausmachen. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, habe man bereits einige wichtige Projekte – z.B. "Fit to Work", die Gesundheitsstraße oder den Rechtsanspruch auf berufliche Rehabilitation – gestartet, zeigte der Minister auf, weitere müssen seiner Meinung nach folgen. Es müsse alles getan werden, damit ältere ArbeitnehmerInnen



Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer am Rednerpult © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/ Mike Ranz





Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend Reinhold Mitterlehner am Rednerpult © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

länger in Beschäftigung bleiben. Der Sozialminister schlug in diesem Zusammenhang die Einführung eines Bonus-Malus-Modells sowie – ähnlich wie bei der jungen Generation – einer Beschäftigungsgarantie für ältere ArbeitnehmerInnen vor. Beim Thema Pflege ging es dem Minister vorrangig darum, weiterhin zu gewährleisten, dass die Menschen möglichst lange selbstbestimmt und selbständig leben können. Österreich sei in diesem Bereich Weltmeister, denn rund 5,1 % der Bevölkerung erhalten Pflegegeld, hob Hundstorfer in diesem Zusammenhang hervor. Angesichts der demographischen Entwicklungen sei es im Sinne des sozialen Friedens umso wichtiger, die einzelnen sozialen Gruppen und Generationen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern deren Leistungen anzuerkennen, schloss der Minister.

### Herausforderungen und Chancen für die gesellschaftliche Entwicklung

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner betonte die Wichtigkeit des Themas. Derzeit sind 23,7 % der Bevölkerung älter als 60 Jahre, so sein Hinweis, in rund 30 Jahren werde dieser Anteil aber auf 33 % steigen. Da es sich bei dieser Entwicklung vorrangig um ein europäisches Phänomen handle, müsse man aus wirtschaftlicher Sicht auch beden-

ken, dass dies Auswirkungen auf den Wettbewerb zwischen den Nationen haben wird. Neben den offensichtlichen Herausforderungen, die sich dadurch ergeben, sollte man jedoch immer auch die potenziellen Chancen nutzen. Das Thema "alternde Gesellschaft" betreffe neben den bereits angesprochenen Bereichen Beschäftigung, Pflege oder Pensionen noch zahlreiche andere Gesellschaftsfelder, wie etwa die Mobilität, das Freizeitverhalten, den Tourismus ("barrierefreies Reisen"), den Wohnsektor ("altersgerechtes Wohnen"), die Bildung ("lebenslanges Lernen") oder den Konsum.

Was sein Ressort im Konkreten betrifft, so würden im Rahmen der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft eine Reihe von Maßnahmen gefördert, die sich der altersgerechten Gesellschaftsentwicklung widmen. Als Beispiele nannte er Projekte aus den Bereichen Biotechnologie (Verbesserung der Mobilität), Medizin (neue Diagnosemethoden, Verknüpfung von Datenbanken), Pflege (neue Tools zur besseren Alltagsbewältigung) sowie Wirtschaft (Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte). Mitterlehner wies weiters darauf hin, dass der Pflegebereich ein ständig wachsender Wirtschaftsfaktor sei, zumal von Bund, Ländern und Gemeinden jährlich € 4 Mrd. für die Betreuung älterer Menschen ausgegeben werden. Dadurch steige natürlich auch der Personalbedarf, und zwar um insgesamt 17.000 Personen bis 2020. Da gerade in dieser Berufssparte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oft sehr schwierig sei, habe sein Ressort ein spezifisches Auditverfahren entwickelt, das auch sehr gut angenommen werde. Durch die Einführung der Pflegekarenz und der Pflegezeit wollte man zudem Lösungen schaffen, um die Angehörigen besser zu unterstützen und zu entlasten.

Auch der Wirtschaftsminister betonte, dass das faktische Pensionsantrittsalter, das derzeit noch immer unter 60 Jahren liegt, erhöht werden müsse. Als Lösungsansätze dafür konnte er sich eine Abflachung der Gehaltskurven oder die Einführung von flexiblen Arbeits- und Pensionsmodellen vorstellen. Als Familienminister lag ihm zudem besonders am Herzen, dass vier Jahre als Kindererziehungszeiten voll für die Pension angerechnet werden. Schließlich kam Mitterlehner

noch auf das Bundesseniorengesetz zu sprechen, dass v.a. im Hinblick auf den Ausbau der Mitbestimmungsrechte des Seniorenrates weiterentwickelt werden sollte.

### ÖsterreicherInnen leben länger und sind länger aktiv

Konrad Pesendorfer, Generaldirektor der Statistik Austria, illustrierte die österreichische Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2000 bis 2025. Die Einwohnerzahl Österreichs werde bis 2060 vermutlich um eine Million ansteigen, gleichzeitig steige der Altersdurchschnitt und der prozentuelle Anteil der über Fünfundsechzigjährigen. Bis 2025 ist ein Anstieg der ÖsterreicherInnen über 65 Jahren von derzeit 1,55 Mio. bzw. 18 % der Bevölkerung, auf 1,91 Mio. (22 % der Bevölkerung) zu erwarten. Pesendorfer wies darauf hin, dass aufgrund der Abwanderung der Altersdurchschnitt in strukturschwachen Regionen stärker ansteigen werde.

Klar war auch, dass der wachsende Anteil älterer Menschen Fragen der nachhaltigen Finanzierung des Pensions- und Gesundheitssystems und der Pflege aufwirft. Pesendorfer unterstrich, dass man dabei die positiven Aspekte dieser Entwicklung nicht vergessen sollte. Das "subjektive" Alter verändere sich, da mit der Lebenserwartung unter den älteren Menschen auch der Anteil derer, die sich weiterhin gesund fühlen, ansteige. Ältere Menschen stehen in ihrer Aktivität in der Freizeit jüngeren kaum nach und werden zu einem bedeutsamen Wirtschaftsfaktor. Die Nachfrage nach Pflegeunterstützung und intensivmedizinischen Kosten v.a. in den letzten Lebensjahren wird zunehmen. Allerdings müssten die Kosten für Gesundheit und Pflege nicht unbedingt im gleichen Ausmaß steigen wie die Zahl der älteren Bevölkerung, sondern könnten zum Teil durch richtigen Einsatz von Innovation und Technologie kompensiert werden.

### Altersgerechte Arbeitsplätze sind notwendig

Über die Herausforderung älterer ArbeitnehmerInnen aus Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes machte sich Werner Thum (Vorsitzender der ÖGB-PensionistInnen) Gedanken. Ein Umdenken sei gefordert,



Der Generaldirektor der Statistik Austria Konrad Pesendorfer am Rednerpult © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

da das Durchschnittsalter der österreichischen Bevölkerung ansteigt. Daher müssten auch die österreichischen Betriebe ihre Innovationsfähigkeit mit älteren Belegschaften sicherstellen. Die besonderen Anforderungen und Bedürfnisse älterer ArbeitnehmerInnen bei Arbeitsumgebung, Arbeitszeitgestaltung oder Leistungsanforderungen seien dabei zu berücksichtigen. Gesundheitsförderung und Prävention müssen als wichtige Investitionen in die Zukunft begriffen werden.

Der ÖGB fordert ein Bonus-Malus-System in Form eines Quotenmodells, wonach ein bestimmter Prozentsatz der Beschäftigten in einem Betrieb der Altersgruppe 55+ entsprechen muss. Unternehmen sollten dadurch zumindest einen kleinen Betrag an die Gesellschaft leisten, wenn sie ArbeitnehmerInnen vor dem Regelpensionsalter kündigen.

### Betriebe brauchen Unterstützung zur Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze

Der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, Richard Schenz, stellte die demographische Entwicklung der EU 28 an den Beginn seiner Überlegungen: Habe 2012 das Verhältnis von Erwerbstätigen gegenüber Menschen im Alter 65+ noch 4:1 betragen, werde es 2060 nur mehr 2:1 sein. Österreich erwarte ein Rückgang der Zahl der

Erwerbstätigen bis 2030 um etwa 100.000 Personen, ab 2017 werden mehr Personen aus dem Beruf ausscheiden, als ins Berufsleben eintreten.

Die Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters und der Erwerbsquote der ArbeitnehmerInnen zwischen 50 und 65 Jahren ist für ihn daher unumgänglich, um die Sozialsysteme tragfähig zu erhalten, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial zu nützen und die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Ein längerer Verbleib Älterer im Arbeitsleben schmälere die Chancen der Jugend auf einen Eintritt ins Arbeitsleben – entgegen diesbezüglich verbreiteter Auffassungen – nicht.

Um zukunftsfähig zu sein, müsse sich die Führungs- und Unternehmenskultur in den Betrieben ändern. Es sei auf altersgerechte Arbeitsorganisation und betriebliche Gesundheitsförderung zu achten. Qualifikation und Weiterbildung auch älterer ArbeitnehmerInnen seien zu fördern, und es müsse Unternehmensziel sein, den Erhalt der Arbeitsfähigkeit zu unterstützen. Unterstützung brauchten dabei v.a. kleinere und mittlere Unternehmen, sagte Schenz. Die geförderte Betriebsberatung für KMU sollte daher auf jeden Fall weitergeführt werden, wie auch die Maßnahmen zur Senkung der Lohnnebenkosten für über Fünfzigjährige. Verlängert werden müsse



Die Stadträtin für Gesundheit und Soziales in Wien Sonja Wehsely am Rednerpult. © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

auch die erfolgreiche Eingliederungsbeihilfe des AMS für ältere ArbeitnehmerInnen. Schenz nannte als weitere Forderungen der Wirtschaft die Abflachung der Einkommenskurve zugunsten jüngerer ArbeitnehmerInnen und die Entwicklung von Altersteilzeitmodellen.

### Gegen Horrormeldungen über Aussichten junger Menschen

Die Wiener Stadträtin für Gesundheit und Soziales, Sonja Wehsely, bekannte sich vorweg zum Grundsatz der Diversität in allen gesundheits- und pflegepolitischen Fragen. Ältere Menschen haben unterschiedliche Bedürfnisse und brauchen unterschiedliche Problemlösungen, stellte sie fest. Gesundes Altern sei eine soziale Frage, weil sozial schwache Menschen bekanntlich einen schlechteren Gesundheitszustand haben.

Beim Thema Pflege betonte Wehsely die Qualitätssicherung und die Notwendigkeit individueller Betreuungsangebote, denn "Wahlfreiheit" bedeute, zwischen mobilen und stationären Angeboten wählen zu können. Daher habe Wien sein Pflegeangebot wesentlich ausgebaut: Insgesamt stehen für 60.000 Menschen Pflege- und Betreuungsleistungen zur Verfügung, 2013 werden dafür € 742 Mio. aufgewendet. Wehsely gab ihrer Überzeugung Ausdruck, dass die Betreuung und Pflege älterer Menschen eine Kernaufgabe des Staates darstelle.

Da alle Menschen möglichst lange zu Hause bleiben wollen, werden 40.000 Menschen in Wien vom "Fonds Soziales Wien" zu Hause betreut, durch Heimhilfe und Hauskrankenpflege. Zugleich werden Tageszentren, wo derzeit 2.000 Menschen betreut werden, massiv ausgebaut. Sie befinden sich in der Nähe von Pflegeeinrichtungen und Kindergärten, weil es darum gehe, die Menschen nicht irgendwohin an den Stadtrand abzuschieben, sondern mitten im Leben zu halten. Für 22.500 WienerInnen stehen stationäre Betreuungseinrichtungen zur Verfügung, in die das Land € 500 Mio. investiert. Zudem unterstrich Wehsely die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung bei den älteren Menschen und erinnerte an die Gesundheitsreform der letzten Gesetzgebungsperiode.

Abschließend reagierte Sonja Wehsely auf vielfach verbreitete Horrormeldungen über angeblich schlechte Aussichten junger Menschen für deren Alter. Sie hielt Pessimismus nicht für angebracht, sondern plädierte dafür, das Pensionsystem durch Steigerung der Erwerbsquote zu sichern. Eine hohe Erwerbsquote hänge auch mit der Professionalisierung von Pflege und Kinderbetreuung und mit dem Ausbau der ganztägigen Betreuung in der Schule zusammen, weil dies die Voraussetzungen für eine höhere Erwerbsquote der Frauen seien.

### Menschen wollen in ihren eigenen vier Wänden alt werden

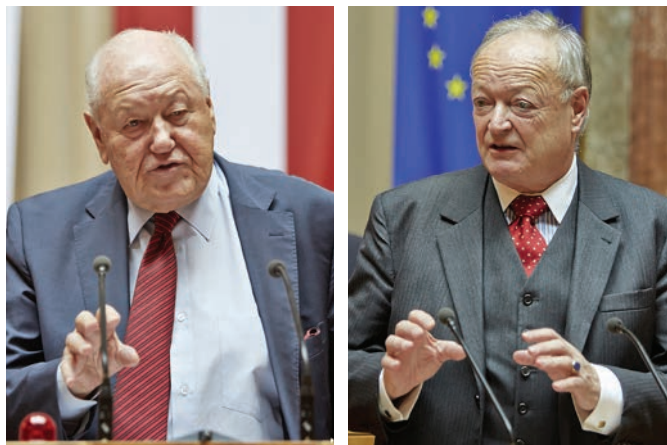
Die Vorarlberger Landesrätin Greti Schmid erläuterte die Pflegevorsorgestrategie ihres Bundeslandes, die ebenfalls von der Tatsache ausgehe, dass die Menschen in Selbstständigkeit zu Hause alt werden wollen. Aktuell können in Vorarlberg mehr als 80 % der älteren Menschen ambulant betreut werden, berichtete sie, knapp 20% werden in stationären Einrichtungen gepflegt.

Nach dem Motto "aktivierend und selbstbestimmt" fördert Vorarlberg die Eigeninitiative der Menschen in der Pflegevorsorge. Dazu gehören regional verfügbare ambulante, teilstationäre und stationäre Dienste, die Unterstützung pflegender Angehöriger und der Ausbau ehrenamtlicher Dienste. Die Landesrätin erläuterte die Besonderheit des 2001 gegründeten Betreuungs- und Pflegenetzes in ihrem Land. Vorarlberg setzt dabei schwerpunktmäßig auf pflegende Angehörige, die durch ambulante Dienste, Urlaubs- und Nachtbetreuung, Urlaub von der Pflege und durch einen besonderen Pflegezuschuss des Landes ab der Pflegestufe 5 unterstützt werden. Sie informierte auch über die Arbeit der 23 "Aktion-Demenz"-Modellgemeinden und über das flächendeckend ausgebauten Hauskrankenpflegemodell, das quasi genossenschaftlich organisiert sei und bereits 61.000 Mitglieder sowie einen Eigenfinanzierungsbedarf von 40 % aufweise. Für den künftigen Ausbau des Pflegeangebots nach dem Motto "ambulant vor stationär" habe das Care-Management

große Bedeutung. Mit einer Angebotssteuerung stelle es sicher, dass die Menschen bekommen, was sie tatsächlich brauchen. Als die großen Herausforderungen im Pflegebereich identifizierte Schmid Ausbildung und Rekrutierung von Personal, die Entwicklung eines durchlässigen Systems, die Sicherung der Finanzierung und die Valorisierung des Pflegegelds. Wichtig sind ihr auch der Ausbau barrierefreien Wohnens, ambulant betreute Wohnungen und die Errichtung von Mehrgenerationen-Wohnanlagen.

### Für eine bessere Anerkennung der produktiven Leistungen der SeniorInnen

Andreas Khol, Präsident des Seniorenrates, wies auf die radikale Veränderung der Lebenswelt der älteren Generation hin: 74 % würden sich heute einer aktuellen Studie zufolge als flotte Senioren bezeichnen, die das Internet nutzen, viel reisen und in der Freiwilligenarbeit aktiv sind. Demgegenüber würden nur noch 3 % in die Gruppe der zurückgezogen lebenden und vereinsamten Alten fallen. Die 60- bis 85-Jährigen wollen heute mehr, sie wollen als eigene, selbstbestimmte Generation anerkannt werden. Es gehe daher darum, diesem Umstand Rechnung zu tra-



Seniorenratspräsident Karl Blecha und Seniorenratspräsident Andreas Khol am Rednerpult © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



gen und die Mitwirkung und Mitbestimmung der "jungen" Alten in der Gesellschaft zu unterstützen. Er forderte deshalb die volle Teilhabe der älteren Menschen im Sinne einer angemessenen Vertretung in allen Vertretungskörpern der Republik und plädierte darüber hinaus v.a. für die Anerkennung der produktiven Leistungen der über 60-Jährigen, sei dies nun in ehrenamtlicher Form oder in einer Erwerbstätigkeit.

### Kultur des aktiven Alterns schaffen

Karl Blecha, Präsident des Seniorenrates, setzte sich auch mit der Rolle der älteren Menschen in der Gesellschaft auseinander und rechnete angesichts der stark steigenden Lebenserwartung mit erheblichen Auswirkungen auf alle Bereiche des täglichen Lebens. Er sah darin eine Herausforderung v.a. für die Arbeitswelt, die Teilhabe der SeniorInnen am sozialen Leben, die Sicherung der Pensionen und die Generationensolidarität. Es gelte, das große Potenzial der Alten in den Vordergrund zu stellen und eine Kultur des aktiven Alterns zu schaffen. Blecha brach in diesem Sinn eine Lanze für eine flexiblere Pensionierung, für Altersberufe und ehrenamtliche Tätigkeiten als Ausdruck des radikalen Wandels in der Lebenssituation der älteren Generation. Klar war für ihn dabei, dass durch die neuen agilen, "jungen" Alten die ganze Gesellschaft jünger werde.

Mit Nachdruck hob Blecha überdies die Bedeutung einer von Gegenseitigkeit, verstärkter Verantwortung und Zuwendungsbereitschaft getragenen Generationengerechtigkeit hervor, wobei er betonte, der Generationenvertrag habe immer wieder seine ökonomische und politische Stabilität bewiesen.

Was die Pensionen betrifft, äußerte er die Überzeugung, das umlagefinanzierte gesetzliche Pensionssystem habe gerade in der Zeit der Krise seine Stärke bewiesen. Österreich brauche keine Pensionsreform, sondern eine Reform der Arbeitswelt, die es den Menschen erlaubt, länger im Erwerbsleben zu bleiben.

### ÖsterreicherInnen werden alt, hinken beim gesund Altern aber nach

Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, berichtete, dass sich die EU-Kommission drei Schwerpunkte im Bereich aktives und würdevolles Altern gesetzt habe. Es gehe insbesondere darum, älteren Menschen Chancen am Arbeitsmarkt zu geben, die Teilhabe älterer Menschen in der Gesellschaft sicherzustellen und ein unabhängiges Leben im Alter zu gewährleisten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf ein europäisches Pilotprojekt zum Thema gesund alt werden. Österreich habe im europäischen Vergleich zwar ein hohes durchschnittliches Lebensalter, beim gesund Altern hinke das Land anderen Staaten aber hinterher, skizzierte er.

### Erwerbstätigkeit und Pflege müssen besser vereinbar sein

Für Ingrid Moritz, Leiterin der Abteilung Frauen-Familie in der Bundesarbeitskammer, war die Frage der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflegearbeit besonders wichtig: 436.000 Personen im erwerbsfähigen Alter pflegen Angehörige. Mindestens 20.000 davon würden eine Arbeit aufnehmen bzw. 10.000 ihre Arbeitszeit ausweiten, wenn ein ausreichendes Pflegeangebot vorhanden wäre. Moritz erachtet es als wichtig, den Ausbau der Pflegeinfrastruktur zu forcieren.

Josef Wöss, Abteilungsleiter Sozialpolitik in der Bundesarbeitskammer, kritisierte, dass in der Diskussion über den demographischen Wandel die Frage dominiere, wie sich einzelne Altersgruppen zueinander entwickeln. Dabei werde immer wieder unter den Tisch fallen gelassen, dass bei weitem nicht alle Menschen im erwerbsfähigen Alter tatsächlich im Erwerbsleben stehen. Wenn es Österreich bis zu den Jahren 2040/50 gelinge, die Erwerbsbeteiligung erwerbsfähiger Menschen an jene anderer europäischer Länder, wie etwa Dänemark, anzupassen, würde der demographisch bedingte Kostenanstieg für den Staat wesentlich geringer ausfallen. Alle Anstrengungen seien darauf zu richten, die Erwerbsintegration zu erhöhen und etwa ältere Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und Jüngere besser auszubilden.

(Quellen: PK-Meldungen Nr. 737 - 739, 1.10.2013)

## Energiestrategie Burgenland 2020+

### Start mit dem "Energieteam Burgenland"

2009 wurde von Landeshauptmann Hans Niessl das "Energieteam Burgenland" ins Leben gerufen, welches die Aufgabe hatte, sich mit Schlüsseltechnologien zu den Schwerpunkten Energieeffizienz und Energieproduktion zu beschäftigen. Das Energieteam Burgenland hat in den letzten Jahren etwa vier Mal pro Jahr getagt und Vorschläge zu den genannten Themen erarbeitet.

Die Ergebnisse und Vorschläge des Energieteams Burgenland führten schließlich zu den Inhalten und Eckpunkten der Energiestrategie Burgenland 2020.

2012 erstellte die Fachhochschule Burgenland als weitere Grundlagenarbeit für die gegenständliche Energiestrategie drei Szenarien für die Energieentwicklung des Burgenlandes bis zum Jahr 2020. Von diesen Szenarien wurde das Referenzszenario, welches bis zum Jahr 2020 einen Anteil von erneuerbarer Energie in der Höhe von 48% prognostiziert, übernommen und mit etwas ambitionierteren Vorgaben versehen, sodass bis zum Jahr 2020 die Verwendung von über 50% erneuerbarer Energie im Burgenland angestrebt wird. Die strategischen Ziele werden bis zum Jahr 2050 fortgeschrieben, wobei spätestens 2050 für das Burgenland die vollständige Energieautonomie erreicht werden soll.

### Energiestrategie Burgenland

Der Weg des Burgenlandes geht gemäß Energiestrategie von folgenden Meilensteinen aus:

1. 2013 erreicht das Burgenland die bilanzielle "Stromautonomie". Dies bedeutet, es wird ab 2013 pro Jahr mehr elektrischer Strom produziert als verbraucht wird.
2. 2020 produziert das Burgenland über 50% (4,85 Mia. kWh) seines gesamten Energieverbrauchs (35.000 TJ bzw. 9,7 Mia. kWh) aus erneuerbaren Ressourcen.
3. In einem "visionären" Ausblick produziert das Burgenland spätestens 2050 über 100% der benötigten Energie im eigenen Land (Energieautonomie).



**Dr. Johann Binder**  
© Binder 2012

Der erste Meilenstein, die bilanzielle Stromautonomie, wurde im September 2013 tatsächlich erreicht und im Rahmen eines Festaktes in Gols entsprechend gefeiert. In der Zwischenzeit wird der Ausbau der Windkraft ständig

vorangetrieben. Zurzeit sind bereits Anlagen zur Produktion von erneuerbarer Energie mit einer Gesamtleistung von über 800 MW installiert. An windreichen Tagen wird bereits jetzt die vierfache Menge des im Burgenland benötigten elektrischen Stromes produziert. Der aktuelle Stromverbrauch und die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie sind online auf der Homepage der Energie Burgenland AG für jedermann einsehbar.

Wie sieht der Weg des Burgenlandes in Sachen erneuerbare Energie bis zum Jahr 2020 aus?

Kurz gesagt, der Ausbau der Produktion von erneuerbarer Energie wird stetig und konsequent vorangetrieben. Das Gros der Anlagen wird natürlich den Ausbau der Windkraft betreffen, wobei in den nächsten Jahren eine installierte Leistung von über 1.000 MW angepeilt wird. Den Ausbau der Windkraft im Burgenland kann man wahrlich als Erfolgsgeschichte bezeichnen, die seinesgleichen sucht: Durch Einbezug aller relevanten "Stakeholder" (Gemeinden, Raumplanung, Investoren, Wissenschaftler, NGOs zu den Themen Vogelschutz, Natura 2000, WWF etc.) konnten in einer gemeinsamen Arbeit die Windeignungszonen des Burgenlandes definiert und ausgewiesen werden. Dies war der Grundstein eines gezielten und auch verantwortungsbewussten Ausbaues der Windkraft im Burgenland, welcher neben den Naturschutzgebieten und dem aufstrebenden Tourismus im Nordburgenland teilweise sogar in symbiotischer Koexistenz betrieben wird.



Bundesrat Michael Lampel mit marokkanischer Delegation im Windpark Andau, Burgenland © Johann Binder

Langfristig (bis 2050) setzt das Burgenland aber auch auf weitere zur Verfügung stehende Ressourcen zur Produktion von Erneuerbarer Energie.

So wurde 2012 im Burgenland ein vollständiger, auf Vektordaten basierender Solarkataster erstellt, welcher allen BurgenländerInnen ebenfalls online im Internet kostenlos zur Verfügung steht. Dabei wurden über 50 Mio. m<sup>2</sup> Dachflächen des Burgenlandes auf ihre Eignung für Strom- oder Wärmeproduktion untersucht. Als verblüffendes Ergebnis stellte sich heraus, dass auf den geeigneten Dachflächen des Burgenlandes über 2,4 Mia. kWh Strom produziert werden können; dies macht um 50% mehr Strom aus als das Burgenland derzeit pro Jahr verbraucht. Was für das Burgenland gilt, wird für die anderen ländlichen Regionen Österreichs und ganz Mitteleuropas nicht falsch sein: Wir haben gewaltige Potenziale zur Produktion von Photovoltaik-Strom auf unseren Dächern.

Die weiteren Untersuchungen von sonstigen Ressourcen erstrecken sich von der Verwertung von biogenen Abfällen oder Reststoffen (Ast-, Strauch-, Baumschnitt) über die gezielte Verwendung von Energiepflanzen bis hin zur Verwertung von Klärschlamm.

Als konkrete Herausforderungen für die nähere Zukunft sehen wir im ländlichen Raum weniger die Ressourcen für die Produktion von erneuerbarer Energie als eher die

Umwandlung, Logistik und Speicherung von Energie. Fragen wie die intelligente Speicherung von elektrischem Strom, die Umwandlung von Strom in Gas oder Treibstoff, die Umwandlung von biogenen Reststoffen in transportable und speicherbare Energieträger wie Gas, Treibstoff oder Kohle wird die Fachhochschule Burgenland - natürlich in Kooperation mit weiteren Partnern - intensiv beschäftigen. Das Burgenland als Land der Sonne und der Windkraft begrüßt natürlich die aufkommende Elektromobilität; denn Strom, der aus Wind, Sonne oder erneuerbaren biogenen Energieträgern produziert wird, verursacht weder Treibhausgase noch Feinstaub.

Selbstverständlich wird das Burgenland bis 2020 auch eine Reihe von Maßnahmen zur Energieeffizienz und zum Energiesparen umsetzen. Das Potenzial bei der Energiereduktion in Gebäuden ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Erste Versuche mit Nullenergiehäusern bzw. energieautarken Häusern werden bereits durchgeführt und erprobt - nicht nur im Burgenland, sondern in ganz Österreich, und es ist jedenfalls davon auszugehen, dass sich der Energiebedarf in Gebäuden noch wesentlich vermindern wird.

Zugegeben, mit einer Reduktion der Mobilität tut sich speziell das dünn besiedelte Mittel- und Südburgenland sicherlich schwerer als dicht besiedelte und mit guter Ausstattung von öffentlichem Verkehr versehene Regionen in Österreich. Hier wird man im Burgenland daher verstärkt auf Effizienz der Fahrzeuge, Park-and-ride-Anlagen, den Umstieg auf das Fahrrad bei Kurzstrecken sowie auf den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger setzen.

Die gerade in Ausarbeitung befindliche FTI (Forschung-Technologie-Innovation)- Strategie des Burgenlandes hat ebenfalls einen Schwerpunkt "nachhaltige Energie" implementiert und wird speziell zu den Themen Effizienz, Produktion und Umwandlung von Energie aktiv werden.

Wenn man bedenkt, dass das Burgenland vor wenigen Jahrzehnten, mit Ausnahme des Brennholzes, noch ein reiner Energieimporteur gewesen ist und 2014 bereits knappe 40% seines Energiekonsums aus erneuerbarer Energie produziert, so ist ersichtlich, welchen Aufholprozess das

Burgenland seit dem Beitritt Österreichs zur EU hingelegt hat. Weise und umsichtige politische Entscheidungen haben das Burgenland in mancherlei Hinsicht zu einer Vorzeigeregion in Europa geführt, wie auch schon mehrfach aus Brüssel bescheinigt wurde. Besonders die Konzentration auf nachhaltige Energie hat sich als weitsichtig erwiesen. Das Thema nachhaltige Energie wird Europa und die ganze Welt in den nächsten Jahren beschäftigen. Es erfüllt uns mit Genugtuung, dass im Burgenland frühzeitig auf dieses äußerst wichtige Thema gesetzt wurde und dass in einigen Teilbereichen auch eine Vorreiterschaft erzielt werden konnte, wenn wir nur an die Windkraft, den Solarkataster oder an die Biomasseforschung in Güssing und Pinkafeld denken. Jedenfalls ist das Burgenland für die "Energiezukunft" gerüstet. In der Forschung, der Infrastruktur der Stromnetze, der Raumplanung, der öffentlichen Hand und auch bei der Wirtschaftsförderung sind die Weichen in Richtung "nachhaltige Energie" bereits gestellt.

Die in der Energiestrategie Burgenland 2020+ formulierten Ziele sind mit Augenmaß gesteckt. Das bedeutet, dass die Ziele auch erreichbar sind, ja sogar übertroffen werden können.

Langfristig wird es das Ziel des Burgenlandes sein, Energielieferant zu werden. Dies bedeutet die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze – Green Jobs. Der Weg hat bereits begonnen und die Weichen sind gestellt. Vor uns liegt die "Erneuerbare Energiezukunft!"

Wenn Sie Interesse an der Stromproduktion aus erneuerbarer Energie oder am Solarkataster des Burgenlandes oder an der Energiestrategie Burgenland 2020+ haben – Informationen sind unter folgenden Internet-Adressen zu finden: [www.tobgld.at](http://www.tobgld.at), [www.eabgld.at](http://www.eabgld.at)

\*

**Zum Autor:** DI Johann Binder, Technologiebeauftragter des Landes Burgenland.



EB Windpark Weiden © Energie Burgenland, Richard Neubauer



## "Mit der Natur zu neuen Erfolgen!"

**Mit dem Landesentwicklungsprogramm 2011 wurden im Burgenland die Eckpunkte, die Grundsätze und ein Fahrplan für die nachhaltige Entwicklung des Landes und auch der Gemeinden für die nächsten 10 bis 15 Jahre festgelegt.**

Das Burgenländische Raumplanungsgesetz sieht als wesentliches Instrument der überörtlichen Raumplanung die Erstellung eines Entwicklungsprogrammes vor, das die Grundsätze und Ziele für die Entwicklung des Landes festlegt und damit die Grundlage für die Landesplanung darstellt. Das per 1.1.2012 wirksam gewordene Landesentwicklungsprogramm des Burgenlandes besteht aus dem Leitbild "Mit der Natur zu neuen Erfolgen", der Strategie Raumstruktur und dem Ordnungsplan.

Mit dem Landesentwicklungsprogramm wurde den tiefgreifenden Veränderungen der vergangenen Jahre Rechnung getragen. Mit der Ostöffnung, dem EU-Beitritt Österreichs und der EU-Erweiterung im Jahr 2004 ist das Burgenland von einer Randlage in das Zentrum eines neuen Europas gerückt. Als Ziel 1-Gebiet hat das Burgenland maßgeblich von EU-Fördergeldern profitiert und damit neue Strukturen in Wirtschaft und Tourismus geschaffen. Die vergangenen zwei Jahrzehnte sind geprägt von einem kräftigen Modernisierungsschub in allen Bereichen, wobei darauf geachtet wurde, dass das wirtschaftliche Wachstum im Einklang mit ökologischen Interessen erfolgt. Auf dem Energiesektor hat das Land einen Paradigmenwechsel vollzogen. All diese gravierenden Veränderungen finden im neuen Landesentwicklungsprogramm Berücksichtigung.

Das neue Landesentwicklungsprogramm beinhaltet im Wesentlichen drei wichtige Bereiche: die Europäische Union, die gesellschaftlichen Veränderungen und die wirtschaftliche Entwicklung. Die Schwerpunkte sind Arbeit, Bildung/ Forschung und soziale Infrastruktur, Energie und Rohstoffe, Wirtschaft, Infrastruktur und Mobilität, Natur und Umwelt, Tourismus und Kultur sowie Siedlungsstruktur.

Das LEP 2011 wurde von Gemeinden, Interessenverbänden, der Landesverwaltung und der Bevölkerung intensiv diskutiert.

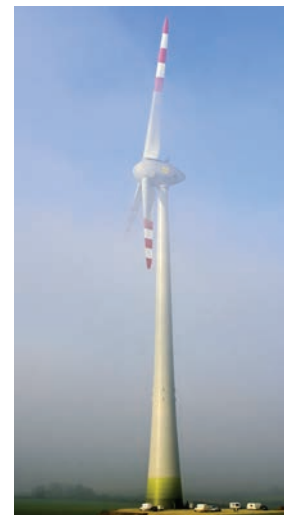
### Wesentliche Grundsätze der räumlichen Entwicklung

Die wesentlichen Grundsätze der räumlichen Entwicklung des Burgenlandes sind:

- eine flächensparende und nachhaltige Raumnutzung, um bestehende und zukünftige Potenziale in ihrer Vielfalt und Eigenart optimal entwickeln zu können
- die Stärkung der regionalen Identitäten, aus der sich für jede Teilregion auch unterschiedliche Entwicklungsmöglichkeiten ergeben
- eine verstärkte internationale Verflechtung, die sich aus der günstigen Lage im erweiterten Europa ergibt
- Kooperationen zwischen den Gemeinden verstärkt aufzubauen, um eine faire, ressourcenschonende und themenübergreifende Raumnutzung zu fördern

### Standorte und Zonen

Standorte weisen die besondere Eignung einer Gemeinde für bestimmte Funktionen aus. Es werden Zentralitätsstandorte, Betriebs-, Gewerbe- und Industriestandorte sowie Tourismusstandorte ausgewiesen. Zonen sind funktional abgegrenzte Gebiete, die entsprechend ihrer besonderen Beschaffenheiten, Eignungen und/oder Potenziale bestimmte übergeordnete Nutzungs- und Entwicklungsschwerpunkte bzw. Schutzinteressen aufweisen. Festgesetzt werden Tourismuseignungszonen, Windkrafteignungszonen sowie groß- und kleinflächige naturräumliche Schutzgebiete.



© Richard Neubauer

## Energiewende bei der Stromversorgung

**Im Jahr 2013 feierte das Burgenland das "Jahr der Energiewende". Erstmals konnte das Land mehr Strom aus erneuerbarer Energie – vorwiegend Windkraft – erzeugen als es selbst verbraucht.**

Als das Burgenland 1997 mit einem Windpark in Zurndorf auf den Zug der Windkraftproduktion aufstieg, begann eine burgenländische Erfolgsgeschichte. 2006 wurde im burgenländischen Landtag beschlossen, dass im Jahr 2013 soviel Strom produziert werden soll, wie das Burgenland verbraucht, damit das Bundesland stromautark wird. Dieses Ziel wurde im Vorjahr erreicht. Das Burgenland wird ausschließlich mit Ökostrom versorgt und ist jenes Bundesland, in dem die meiste Windkraftleistung steht. Ende 2013 stehen im Burgenland 332 Windräder mit einer Leistung von insgesamt 775 MW, womit das Land bereits mehr erzeugt, als im Burgenland benötigt wird.

### Eignungszonen für Windparks

Vom Land Burgenland wurde in Zusammenarbeit mit dem ÖIR (Österreichisches Institut für Raumplanung) ein "Regionales Rahmenkonzept für Windenergieanlagen" entwickelt. Dabei wurden Eignungszonen definiert, die zur Errichtung von Windparks genutzt werden können. Dieses Rahmenkonzept ist die Basis für den Ausbau der Windkraft und für die Errichtung von Windparks im Burgenland.

Die Standortauswahl der Windparks hängt von den landschaftlichen Gegebenheiten und den dort herrschenden Windverhältnissen ab. Vor einer Standortentscheidung müssen daher umfassende Analysen und Prüfungen durchgeführt werden.

Die Auswahl der Standorte richtet sich strikt nach den von der Burgenländischen Landesregierung festgelegten Eignungszonen. Diese Eignungszonen werden auf Basis der Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR) definiert. Dabei werden alle Aspekte (Mensch, Tierschutz, Natur, Raum, Tourismus, Kultur) berücksichtigt und daraus Standortrichtlinien abgeleitet. So werden beispielsweise auch die in die Studie eingeflossenen Empfehlungen von BirdLife Österreich umgesetzt.

### Der Weg zur Stromautarkie

- 1997 wird im nordburgenländischen Zurndorf der erste Windpark mit 6 Windkraftanlagen errichtet. Dieses Pilotprojekt wird bis 2001 auf 13 Anlagen ausgebaut.
- 2002 kann die 50 Millionen kWh-Marke beim Strom aus Windkraft überschritten werden.
- 2003 startet mit der Errichtung des Windparks Neusiedl/Weiden die erste große Wind-Initiative und der massive Ausbau der Windkraft.
- 2006 beschließt der Burgenländische Landtag, dass bis 2013 der gesamte Strombedarf des Burgenlandes mit erneuerbarer Energie produziert werden soll.
- 2011 startet die zweite burgenländische Wind-Initiative mit der Errichtung der beiden weltweit leistungsstärksten Anlagen in Potzneusiedl.
- 2012 wird in Halbturn, Mönchhof und Nickelsdorf ein Windpark errichtet, der mit insgesamt 69 Windenergieanlagen eine Leistung von 207 MW aufweist. Ebenfalls 2012 beginnt die Errichtung von Mitteleuropas größtem Windpark in den Gemeinden Andau und Halbturn.
- 2013 ist das Burgenland erstmals rechnerisch stromautark – mehr als 100% des Strombedarfs wird im Land aus erneuerbarer Energie erzeugt. Und das Burgenland ist jenes Bundesland, in dem die meiste Windkraftleistung steht.

### Sauberer Strom und Arbeitsplätze

Am Ausbau der Windenergie im Burgenland waren bis jetzt mehr als 4.500 Arbeitskräfte beteiligt. Weitere 400 Personen sind mit der Wartung und Betriebsführung beschäftigt. Durch den forcierten Windkraftausbau der letzten drei Jahre konnten darüber hinaus auch Teile der Windradproduktion ins Bundesland geholt werden. Der Windkrafthersteller Enercon beschäftigt in Österreich

allein 450 Personen, der Großteil von ihnen arbeitet im Burgenland.

Im Ausbildungssektor ist eine eigene windenergiespezifische Ausbildungsschiene entstanden. Aber auch die Betreiber sind durch den Windkraftausbau stark gewachsen. Die Energie Burgenland ist größter Windkraftbetreiber Österreichs.

### Klima- und Energieziele

Die EU hat sich das Klimaschutzpaket 20-20-20 bis 2020 als Ziel gesetzt: 20% Anteil erneuerbarer Energie, 20%ige Reduktion der Treibhausgasemissionen und 20% Erhöhung der Energieeffizienz. Für Österreich ist dabei

eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energie von 23,3% auf 34% bis zum Jahr 2020 vorgesehen.

Mit der Erzeugung von Ökostrom aus Windenergie trägt das Burgenland wesentlich zum Klimaschutz und zur Erreichung dieser Ziele bei. Allein durch die Erzeugung von Energie Burgenland Windkraft können jährlich rund 530.000 Tonnen CO<sub>2</sub> eingespart werden.

Der Ausbau der Windkraft zeigt, dass das Burgenland auf Nachhaltigkeit setzt. Das Land hat sich zu einer europaweiten Modellregion bei der Nutzung erneuerbarer Energie entwickelt. Und mit der Energiestrategie Burgenland 2020 soll diese Entwicklung fortgesetzt werden.



© Land Burgenland, Gregor Hafner

## Bundesrats-Enquete: Erneuerbare Energien und lokale Wertschöpfung

**Die Chancen, Potenziale und Zukunftsperspektiven von erneuerbaren Energieformen standen am 11. Juni im Mittelpunkt einer parlamentarischen Enquete, bei der zahlreiche hochrangige ExpertInnen gemeinsam mit MandatarInnen des Bundes- und Nationalrates diskutierten.**

Der Präsident des Bundesrates Michael Lampel stellte einleitend fest, dass das Burgenland eine Modellregion hinsichtlich der Nutzung von erneuerbaren Energien sei, weil man bewusst auf ein nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum gesetzt habe, das im Einklang mit den Anforderungen des Umwelt- und Klimaschutz steht. Er zeigte sich überzeugt davon, dass auch die übrigen Regionen ein enormes Potenzial in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energieträger haben. Deshalb solle die Enquete einen Beitrag dazu leisten, dass all diese Chancen und Möglichkeiten auch genutzt werden, wünschte sich Lampel.

Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner bekräftigte, dass erneuerbare Energieformen ein sehr wichtiger regional-wirtschaftlicher Faktor sind. Da aber der Stromanteil am Gesamtenergieverbrauch nur 20 % beträgt, werde man auch in Zukunft nicht auf fossile Energieträger verzichten können, gab der Minister zu bedenken.

Die Ministerin für Verkehr, Innovation und Technologie Doris Bures ging vor allem auf die energiepolitischen Heraus-

forderungen der Zukunft ein. Gerade in ihrem Ressort gebe es Schwerpunktsetzungen, die von Maßnahmen in den Bereichen Mobilität, Information und Kommunikation bis hin zur Förderung der Energietechnologien reichen, informierte sie.

Der Geschäftsführer der Burgenländischen Energieagentur, Hans Binder, präsentierte die "Energierstrategie Burgenland 2020". Das Burgenland hat 2013 die bilanzielle Stromautonomie erreicht und erzeugt an windigen Tagen bereits viermal mehr Strom als es selbst benötigt. Die Zukunft sieht Hans Binder im Ausbau der Solarenergie, denn eine Erhebung aller Hausdächer des Burgenlandes habe eine Produktionskapazität von 2,4 Mrd. Kilowattstunden ergeben. Der Gründer des Energy Globe Award, Wolfgang Neumann, riet grundsätzlich dazu, globale Probleme nicht aus den Augen zu verlieren, weil weltweit jeder vierte Mensch keinen Zugang zu elektrischem Strom habe. Daher sei auch intelligentes Energiemanagement und der Ausbau der Energienetze zu fördern.



Verkehrsministerin Doris Bures bei ihrem Einleitungsreferat © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Christian Hofer



Die Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds, Theresia Vogel, konzentrierte sich in ihrem Referat auf die Integration von erneuerbarer Energie in das Energiesystem und unterstrich die Bedeutung von Energiemodellregionen als Aushängeschilder für Österreich.

Der Vorstand der Ökostromabwicklungsstelle, Bundesrat Magnus Brunner, meinte, die Energiewende bedeute viel Arbeit, große Investitionen, Überzeugungskraft und Erdgas als Brückenenergie. Österreich habe mit der Ausarbeitung der Energiestrategie reagiert, investiere bis 2020 € 12 Mrd. in Ökostrom und habe bereits tausende Green Jobs geschaffen.

Stephan Schwarzer von der Wirtschaftskammer Österreich plädierte für einen umfassenden Energiemasterplan und befürwortete die Absicht, die Besteuerung des Eigenverbrauchs von Ökostrom zu senken.

Die Leiterin der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer Wien, Silvia Angelo, ordnete dem Einsatz erneuerbarer Energien das Ziel zu, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, den Ausstieg aus dem Atomstrom zu erleichtern und mit der Entwicklung innovativer Energien den Industriestandort zu stärken.

Der Geschäftsführer der Renewable Energies Consulting, Fritz Binder-Kriegelstein, rechnete vor, wie hoch Atomstrom gefördert werde und machte zugleich darauf aufmerksam, dass sich die Verstromung von Erdgas wegen der Subventionen derzeit nicht rechne. Während die Preise für endliche Ressourcen steigen, sinken jene für erneuerbare Energien, daher sei es dringend notwendig, die Energiewende rasch herbeizuführen.

Vorstandsvorsitzender Herbert Stava vom Energiepark Bruck/Leitha informierte über die erfolgreiche Entwicklung seines 1995 gegründeten regionalen Vereins, der u.a. ein Biomasseheizwerk und einen Fotobioreaktor betreibt sowie einen Universitätslehrgang über neue Energien einrichtete.

### Gesetzliche Rahmenbedingungen für Energiewende

Wie die Energiewende regional vorangetrieben wird erörterten die Enquete-TeilnehmerInnen in weiterer Folge mit Fokus auf Initiativen der Bundesländer. Mehrere

ThemenexpertInnen betonten vor allem die Bedeutung stimmiger gesetzlicher Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Umstieg Österreichs auf erneuerbare Energien. Stefan Moidl von der IG Windkraft kritisierte etwa, immer noch gebe es bei der Erzeugung von Strom aus Windkraft hierzulande eine höhere Kostenbelastung als bei Stromimporten. Als Vertreter für den Verband Kleinwasserkraft Österreich unterstrich Erwin Mayer, der Energieverschwendung sei nicht beizukommen, solange etwa Strom auf Grund von Überkapazitäten billig verfügbar ist. Die Geschäftsführerin von AustriaSolar, Doris Hammermüller, plädierte für politische Maßnahmen, die den Einsatz von Solarwärme fördern und erhielt dabei Unterstützung von Helmut Weinhardt aus dem Verteidigungsministerium, der sein Ressort als Paradebeispiel für die effiziente Nutzung thermischer Solarenergie präsentierte.

Stefan Merkač, Mitglied der Kärntner Landesregierung, wiederum sprach sich dafür aus, den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel bundesweit attraktiver und leistbar zu machen. Tirol habe vor, die Energieautarkie 2050 zu erreichen, schilderte Stefan Oblasser von der Tiroler Landesregierung die Energiestrategie seines Bundeslandes. Sein Landsmann Anton Mattle, Vizepräsident des Tiroler Landtags, verwies auf die bereits erfolgte Effizienzsteigerung in der Energiewirtschaft des westlichen Bundeslandes, vorrangig dank neuer Technologien der Wasserkraftnutzung in Verbindung mit alten Speichersystemen.

In Oberösterreich zeige sich der ökonomische Vorteil revitalisierter kleiner Wasserkraftwerke zur Stromerzeugung, meinte OÖ-Landtagsabgeordnete Ulrike Schwarz, und Peter Obricht aus der niederösterreichischen Landesverwaltung berichtete vom Energieeffizienzgesetz Niederösterreichs. Schließlich verdeutlichte Marina Schuster vom Umweltministerium, dass Klima- und Energiepolitik einander bedingen.

Im Zuge der Diskussion meldeten sich die Bundesräte Stefan Schennach und Ferdinand Tiefnig sowie die Nationalratsabgeordneten Gerhard Deimek, Matthias Köchl und Christiane Brunner zu Wort.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 548, 11.6.2014)



Bundesratspräsident Reinhard Todt am Rednerpult  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

### **Antrittsrede von Bundesratspräsident Reinhard Todt**

Als einen Schwerpunkt der Wiener Präsidentschaft bezeichnete Reinhard Todt in seiner ersten Rede als Präsident der Länderkammer, am 18. Juli 2013, den Kampf gegen die Armut und das Durchsetzen existenzsichernder sozialpolitischer Maßnahmen für die PensionistInnen Österreichs. Diese Gesellschaftsgruppe sei in den letzten Jahren gesellschaftlich verstärkt in den Vordergrund gerückt und damit auch die Verantwortung für die Politik gestiegen, sie zu fördern und ihre Interessen zu vertreten. Todt kündigte in diesem Sinne für den 1. Oktober 2013 eine Enquete zum "Tag der älteren Generation" an.

Einen weiteren politischen Ansatzpunkt sah Todt in einem Vorzugsstimmensystem, welches bei Wahlen in allen Bundesländern auf den Bundesrat anzuwenden wäre. Demzufolge sollte die Wahl der Bundesräte und Bundesrätinnen im Rahmen der Landtagswahlen, jedoch auf einem eigenen Stimmzettel, erfolgen, womit auch eine Reihung ermöglicht werde. KandidatInnen könnten dadurch eine Vorzugsstimme erhalten und ihre Politik wäre damit präsenter. Dies würde eine Aufwertung der Funktion des Bundesrates und damit eine stärkere Verankerung in der Bevölkerung bedeuten, was wiederum einen weiteren Schritt in Richtung Demokratiereform darstelle, argumentierte Todt.

Kritisch äußerte sich der Bundesratspräsident über die allgemeinen Arbeitsbedingungen für Bundesräte und Bundesrätinnen. Hier bestehe massiver Handlungsbedarf, um vor allem die organisatorischen Grundlagen zu verbessern. Es sei ihm ein Anliegen, das allgemeine Bild über die Aufgabenstellung der VertreterInnen der Länderkammer in der Öffentlichkeit besser zu präsentieren, unterstrich Todt und forderte diesbezüglich optimale Rahmenbedingungen.

Impulse wolle er auch für ÖsterreicherInnen setzen, die aus den ländlichen Bereichen in zentrale Ballungszentren ziehen, erklärte Todt. "Diese Bevölkerungsgruppe möchte ich einer intensiveren politischen Betrachtung unterziehen und die Möglichkeiten der Integration in unseren Städten in Form von Konzepten erarbeiten", betonte der Bundesratspräsident und konstatierte, es sei auch eine Aufgabe des Bundesrates, allgemeine politische Themen mit breitem Kontext zum Wohle des österreichischen Volkes voranzutreiben.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 672, 18.7.2013)*

### **Landtagspräsidentenkonferenz in Riegersburg**

Mehr Rechte für die Länder in der Bundesgesetzgebung forderten die Präsidenten der neun österreichischen Landtage am 7. Oktober 2013 im Rahmen ihrer in Riegersburg abgehaltenen Präsidentenkonferenz. In der gemeinsamen "Riegersburger Erklärung", die sich an das Präsidium des Nationalrates, an alle Obleute der im Nationalrat vertretenen Parteien sowie an alle Klubobleute richtet, geht es vor allem um die verstärkte Einbeziehung der Länderparlamente und des Bundesrates:

1. Moderner Föderalismus zur Steigerung der Effektivität des Bundesstaates: Unter anderem soll die Verfassungsautonomie der Länder so ausgeweitet werden, dass diese in einen föderalistischen Wettbewerb untereinander treten können.
2. Reform der Immunität von Abgeordneten: Die Landtage sollen als betroffene Institutionen in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.
3. Weiterentwicklung des Bundesrates: Als Länderkammer

ist der Bundesrat unverzichtbar, jedoch müssen seine Kompetenzen ausgeweitet werden. Gefordert wird unter anderem ein Zustimmungsrecht bei Verfassungsänderungen bzw. ein stärkeres Mitspracherecht, wenn die finanziellen Interessen der Länder durch die Bundesgesetzgebung beeinträchtigt werden.

4. Stärkere Beachtung der Landtage in der Bundesgesetzgebung: Die Landtage sollen frühzeitig mit Gesetzesvorschlägen befasst werden und ihnen soll ein Stellungnahmerecht eingeräumt werden.
5. Abrundung der Kompetenz- und Verantwortlichkeitsbereiche des Bundes und der Länder unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips: Die Landtage anerkennen die notwendige bundesweite Homogenisierung in bestimmten Materien, fordern dabei jedoch ein effektives Mitwirkungsrecht.

"Wir wollen einen modernen Föderalismus. Landespolitik ist näher bei den Menschen und muss daher noch stärker auch auf Bundesebene gehört werden. Wir brauchen aber auch Instrumente zu einer besseren Abstimmung und damit für eine effektivere Politik", erläuterte der Vorsitzende der Präsidentenkonferenz, der steirische Landtagspräsident



BR Präsident Todt, steirischer Landtagspräsident Franz Majcen, Kärntner Landtagspräsident Reinhart Rohr © Langhans

Franz Majcen. Sein Kärntner Amtskollege Präsident Reinhart Rohr, ab Frühling den Vorsitz innehabend, will diese Bestrebungen fortführen und lobte vor allem den Austausch über die Umsetzung der Haushaltsreform, die ebenfalls auf der Tagesordnung stand. Bundesratspräsident Reinhard Todt betonte: "Wir dürfen den Föderalismus nicht Zug um Zug abschaffen, sondern müssen ihn modernisieren und verbessern!"

(Quelle: Landtag Steiermark, Pressearchiv:<http://www.landtag.steiermark.at/cms/beitrag/11406701/8529457/>)

### **BR-Enquete zum Internationalen Tag der älteren Menschen**

Am 1. Oktober, fand die von Bundesratspräsident Reinhard Todt bereits in seiner Antrittsrede angekündigte Enquete mit dem umfassenden Titel *"Der Anteil der älteren Menschen steigt in der österreichischen Gesellschaft stetig an – welche Auswirkungen hat dies auf die verschiedenen Lebensbereiche der älteren Menschen, welche Herausforderungen stellen sich für die österreichische Politik?"* statt. Bei seiner Eröffnung der Veranstaltung bekräftigte Todt: "Es muss unumstößlich feststehen, dass jeder Mensch in Österreich in Würde und Sicherheit altern kann. Dafür braucht es ein sicheres staatliches Pensionssystem sowie ein gut ausgebautes Gesundheitssystem und Pflegesystem."

Inhaltlich trugen neben zahlreichen Expertinnen und Experten aus dem Sozialbereich auch Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner sowie die Präsidenten des Seniorenrats, Karl Blecha und Andreas Khol, in ihren Referaten zur Thematik bei.

Sozialminister Hundstorfer beleuchtete in seinem Referat die Auswirkungen des demografischen Wandels vor allem auf die Bereiche Pensionen, Pflege und Beschäftigung, während Wirtschaftsminister Mitterlehner auf noch zahlreiche andere Gesellschaftsfelder, wie etwa die Mobilität, das Freizeitverhalten, den Tourismus ("barrierefreies Reisen"), den Wohnsektor ("altersgerechtes Wohnen"), die Bildung ("lebenslanges Lernen") oder den Konsum, verwies. Beide Minister stimmten darin überein, dass das faktische Pensionsantrittsalter, das derzeit noch immer unter 60 Jahren liegt, erhöht werden müsse.

Konrad Pesendorfer, Generaldirektor der Statistik Austria, illustrierte mit statistischem Material die österreichische Bevölkerungsentwicklung im Zeitraum 2000 bis 2025 mit dem Fazit, dass die ÖsterreicherInnen länger leben und länger aktiv sind.

Werner Thum (Vorsitzender der ÖGB-PensionistInnen) machte sich aus Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes Gedanken über die Herausforderungen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Notwendigkeit altersgerechter Arbeitsplätze.

Der Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich, Richard Schenz, skizzierte die demografische Entwicklung der EU 28 und urgierte die Unterstützung der Betriebe bei der Schaffung altersgerechter Arbeitsplätze.

Die Wiener Stadträtin für Gesundheit und Soziales, Sonja Wehsely, bekannte sich zum Grundsatz der Diversität in allen gesundheits- und pflegepolitischen Fragen und plädierte dafür, das Pensionssystem durch Steigerung der Erwerbsquote zu sichern.

Die Vorarlberger Landesrätin Greti Schmid erläuterte die Pflegevorsorgestrategie ihres Bundeslandes, die von der Tatsache ausgehe, dass die Menschen in Selbstständigkeit zu Hause alt werden wollen.

Karl Blecha und Andreas Khol, Präsidenten des Seniorenrats, setzten sich in ihren Referaten mit der Rolle der älteren Menschen in der Gesellschaft auseinander und wiesen auf die radikale Veränderung der Lebenswelt der älteren Generation hin.

In der anschließenden Diskussion gab es zahlreiche Wortmeldungen von Expertinnen und Experten sowie von Bundesrätinnen und Bundesräten, die sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzten. So berichtete etwa der Vertreter der EU-Kommission in Österreich, Richard Kühnel, von den drei Schwerpunkten der EU-Kommission im Bereich aktives und würdevolles Altern. Es gehe insbesondere darum, älteren Menschen Chancen am Arbeitsmarkt zu geben, die Teilhabe älterer Menschen in der Gesellschaft sicherzustellen und ein unabhängiges Leben im Alter zu gewährleisten. Volksanwältin Getrude Brinek thematisierte die Problematik der Sachwalterschaft und kritisierte, dass diese oft viel zu

früh einsetze. Franz Karl, Vizepräsident des Österreichischen Seniorenrats, machte geltend, dass Barrierefreiheit nicht nur für behinderte Menschen, sondern auch für SeniorInnen wichtig sei.

Von Georg Schwarzenberger bzw. Maria Pein, beide von der Landwirtschaftskammer Österreich, wurde einerseits das fiktive Ausgedinge, welches nicht mehr zeitgemäß sei, als ein Problem im ländlichen Raum zur Sprache gebracht, andererseits darauf hingewiesen, dass auf einen aktiven Bauern bzw. eine aktive Bäuerin bereits ein Pensionist bzw. eine Pensionistin komme, was auch für die Pensionsversicherung eine Herausforderung sei. Als VertreterInnen der Bundesarbeitskammer meldeten sich Ingrid Moritz, Leiterin der Abteilung Frauen-Familie, zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Pflegearbeit und Josef Wöss, Leiter der Abteilung Sozialpolitik, zur Integration älterer Menschen in den Arbeitsmarkt zu Wort. Wertvolle Diskussionsbeiträge lieferten auch Elisabeth Pittermann vom Österreichischen Seniorenrat, Marilies Flemming, Vizepräsidentin der Europäischen Senioren Union, Anton Hörting vom Sozialministerium, Abgeordnete Gertrude Aubauer sowie VertreterInnen der Länderkammer, etwa Bundesrat Gottfried Kneifel sowie die Bundesrätinnen Ana Blatnik, Cornelia Michalke, Ilse Fetik und die Bundesräte Walter Temmel und Josef Saller.

*(Quellen: PK-Meldungen Nr. 737 - 739, 1.10.2013)*

### **Hearing: "Österreichischer Städtetourismus – Aktueller Stellenwert und Chancen für die Zukunft"**

In einem Hearing, zu dem Bundesratspräsident Reinhard Todt am 4. Dezember 2013 in das Parlament lud, analysierten unter der Moderation von Roland Lengauer (IOS-Management) namhafte Experten aus der Tourismusbranche die Hintergründe des Megatrends "Städtetourismus".

Präsident Todt betonte in seinen Einleitungsworten die Bedeutung der Freizeit- und Tourismuswirtschaft für Österreich, die gerade in schwierigen Zeiten eine große Stütze für die heimische Konjunktur darstelle. Den Städtetourismus wiederum hob Todt als einen der zukunftsträchtigsten Bereiche der Tourismuswirtschaft hervor. Dies bekräftigte SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder und bezeichnete das Land Österreich als Tourismus-Weltmeister, in dem der Städtetourismus in den





Michaela Reitterer, Hoteliersvereinigung  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur  
Zolles KG/Mike Ranz

letzten 20 Jahren auf Zuwächse von bis zu 80 Prozent verweisen könne.

Der Geschäftsführer von Wien Tourismus, Norbert Kettner, sah den Städte-tourismus als "Königsdisziplin im Welttourismus", der vor allem in funktionierenden Städten boome, die in Infrastruktur und Kultur investieren. Die Präsidentin der Österreichischen Hoteliersvereinigung Michaela Reitterer sprach in ihren Ausführungen vom "Jobmotor" Tourismus. Sie erachte

die dritte Landepiste in Schwechat als lebensnotwendig und forderte zugleich die Abschaffung der Ticketsteuer sowie eine Beschleunigung der Visa-Abwicklung.

Petra Stolba, die Geschäftsführerin der Österreich Werbung, untermauerte die Notwendigkeit guter Fluganbindungen, insbesondere auch jene der Regionalflughäfen. Zudem seien gute Mobilitätsangebote für die Gäste und der Breitbandausbau wichtig, um das WLAN-Angebot für Gäste vor Ort zu verbessern.

Geschäftsführer Rudolf Tucek (CUBE-Hotels) riet zu mehr Infrastrukturinvestitionen statt einer Schuldendebatte, während Direktor Dieter Hardt-Stremayer (Graz Tourismus) den Erfolg der steirischen Landeshauptstadt im Städtetourismus mit ihrem Angebot als attraktiver Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort sowie der vorhandenen Infrastruktur begründete.

Im weiteren Verlauf des Hearings beleuchtete der Vorsitzende der Bundesfachgruppe Tourismus, Rudolf Komaromy, das Thema aus gewerkschaftlicher Sicht. Außerdem referierten Bürgermeister Günther Novak (Mallnitz), Bundesrat und Obmann der Fachgruppe Hotellerie der Wirtschaftskammer Steiermark, Franz Perhab, und Peter Zellmann vom Institut für Freizeit- und Tourismusforschung.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 854, 4.12.2013)

## Internationale Kontakte

### Pflege der diplomatischen Beziehungen zu Marokko

230 Jahre nach Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Marokko wird von Seiten des Bundesrates kontinuierlich an deren Intensivierung gearbeitet. Nach einem dreitägigen Besuch des Königreichs im April 2013 durch eine Delegation des Bundesrates mit dem damaligen Präsidenten Edgar Mayer an der Spitze, empfing BR-Präsident Reinhard Todt während seiner Amtszeit gleich zweimal hochrangige politische Gäste aus Marokko.

Am 3. Juli begrüßte Todt als Gastgeber im Parlament den marokkanischen Außenminister Saad-Eddine El Othmani und am 10. Dezember den Präsidenten der marokkanischen Räte-kammer Mohammed Cheikh Biadillah.

Reinhard Todt würdigte den besonderen "marokkanischen Weg" und wertete die Besuche vor allem auch als Gelegenheit für Österreich, aufgrund seiner Erfahrungen einen Beitrag zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Marokko zu leisten. Das Königreich sei aufgrund seines Weges besonders geeignet, ein starker demokratischer und wirtschaftlicher Partner im Süden der Europäischen Union zu sein, hob Todt hervor. Cheikh Biadillah präsentierte sein Land als Drehscheibe zwischen der Europäischen Union und den Ländern südlich der



Bundratspräsident Reinhard Todt und der Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit des Königreichs Marokko Dr. Saad-Eddine El Othmani © Parlamentsdirektion/HBF/Harald Minich



Der Präsident der marokkanischen Räteammer Mohammed Cheikh Biadillah beim Eintrag in das Gästebuch © Parlamentsdirektion/HBF/Julia Weichselbaum

Sahara und betonte, Marokko betrachte sich als Nachbar und Partner Europas. Er sprach Todt gegenüber die besondere Situation Marokkos vor dem Hintergrund des "Arabischen Frühlings" an und meinte, durch die neue Verfassung von 2011 und den damit verbundenen Dialog mit der Gesellschaft sei es gelungen, negative Entwicklungen zu vermeiden und im Unterschied zu anderen Staaten vieles an Problemen bereits im Vorfeld aufzufangen.

(Quellen: PK-Meldungen Nr. 640, 3.7.2013 sowie Nr. 875, 10.12.2013)

### Dank Japans für die Hilfe Österreichs nach dem Tsunami von 2011

Am 30. August 2013 empfing Bundesratspräsident Todt eine Delegation des Geschäftsordnungsausschusses des japanischen Oberhauses, dessen Delegationsleiter Mitsuhide Iwaki sich für die finanzielle Hilfe und die Anteilnahme Österreichs im Gefolge des Erdbebens und des Tsunami bedankte. "Wir haben großen Respekt vor den Anstrengungen, welche die japanische Bevölkerung zur Beseitigung der Spuren der Naturkatastrophe vom März 2011 auf sich nehmen muss", unterstrich Bundesratspräsident Reinhard Todt im Rahmen des Gesprächs mit der japanischen Parlamentarierdelegation.

Breiten Raum nahmen in dem Meinungs austausch die

intensiven bilateralen Beziehungen ein, die bereits auf eine lange Tradition zurückblicken. Sowohl Todt als auch Iwaki sprachen sich für eine weitere Vertiefung aus und bekräftigten vor allem die Bedeutung des wirtschaftlichen und kulturellen Austausches. Der Bundesratspräsident wies in diesem Zusammenhang auf die mehr als dreißig aktiven Städtepartnerschaften zwischen beiden Ländern hin.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 697, 30.8.2013)

### Österreichisch-chinesische Partnerschaftskonferenz im Parlament

Der Bundesrat lud am 3. September im Rahmen einer Partnerschaftskonferenz mit China zu einer Diskussionsveranstaltung der Österreichischen Gesellschaft für Chinaforschung in das Parlament ein. Im Fokus der gemeinsam mit dem Außenministerium veranstalteten Tagung standen lokale Kooperationen zwischen österreichischen und chinesischen Kommunen, besonders auch im Bereich der Wirtschaftspartnerschaft. "Die Hälfte des Wirtschaftsverkehrs mit China verläuft über Lokalpartnerschaften", erläuterte Bundesratspräsident Reinhard Todt in seiner Eröffnungsrede und unterstrich, dass die Eigendynamik partnerschaftlicher Initiativen eine wichtige Ergänzung zu den offiziellen Beziehungen zu China bilde. Gerade Wiener Bezirke hätten sich bei dieser Art der Brückenbildung mit China in den letzten Jahren profiliert.

Die österreichische Botschafterin in Peking Irene Giner-Reichl verdeutlichte ebenfalls den Nutzen lokaler Partnerschaften zwischen Regionen, Städten und Gemeinden beider Länder. Österreichischen Firmen biete sich dadurch die große Chance, ihr Know-how etwa in den Feldern Umwelt- und Wassertechnologie sowie bei Projekten zur nachhaltigen Urbanisierung in China einzubringen.

Der Leiter des Österreichischen Instituts für China- und Südostasienforschung Gerd Kaminski moderierte anschließend eine Diskussion über Erfahrungsberichte laufender Partnerschaftsprojekte österreichischer und chinesischer Gebietskörperschaften.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 699, 3.9.2013)



Am Rednerpult die österreichische Botschafterin in Peking Irene Giner-Reichl, BR-Vizepräsidentin Susanne Kurz meldet sich zu Wort  
© Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

## Buchpräsentationen

### "Profiling – Ein Blick genügt und ich weiß, wer du bist"

Am 30. Oktober präsentierte auf Einladung von Bundesratspräsident Reinhard Todt die Unternehmensberaterin und Managementtrainerin Patricia Staniek im Salon des Bundesrates ihr neues Buch, welches im Echomedia Verlag erschien.

In *"Profiling – Ein Blick genügt und ich weiß, wer du bist"* illustriert die Autorin anschaulich, wie die nonverbalen Botschaften des Körpers entschlüsselt bzw. wie Lügen und Schwindeleien erkannt werden können.

"Weil du die Augen offen hast, glaubst du, du siehst", - dieser weise Satz von Johann Wolfgang von Goethe, der auch von Staniek in ihrem Werk zitiert wird, weist uns den Weg in Richtung der Erkenntnis, dass die Wahrheit oft tiefer liegt, als man auf den ersten Blick zu erkennen vermag, gab Bundesratspräsident Todt zu bedenken. Die Fähigkeit, "Menschen zu lesen", ist für jeden erlernbar, der es wagt genau zu beobachten, der bereit ist, mit seinem Gegenüber zu "reden", nicht nur zu "plaudern", und das wird in diesem Buch spannend veranschaulicht.

Patricia Staniek ist Gründerin und Geschäftsführerin von "management pilots" und seit vielen Jahren als Beraterin, Coach und Trainerin von Politikern, Spitzensportlern,



BR-Präsident Reinhard Todt begrüßt zur Buchpräsentation  
© Parlamentsdirektion/ Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

Topmanagern sowie von zahlreichen prominenten Persönlichkeiten tätig. Als Expertin für das Verhalten des Menschen als Individuum und in Gruppen entwickelte sie u.a. gemeinsam mit dem Wolf Science Center in Ernstbrunn den Erlebnis-Workshop "Wolf Experience".

(Quelle: PK-Meldung Nr. 775, 30.10.2013)

### "Über die Pflicht, ein Optimist zu sein"

Anlässlich des 60. Geburtstages des ehemaligen Bundesratspräsidenten Herwig Hösele lud der Präsident der Länderkammer Reinhard Todt am 18. November ins Palais Epstein zur Präsentation des Buches *"Über die Pflicht, ein Optimist zu sein"*. Bei dem Werk handelt es sich um ein Gemeinschaftsprojekt, welches die AutorInnen Brigitte Bierlein, Vizepräsidentin des Verfassungsgerichtshofes, Heinrich Neisser, Zweiter Präsident des Nationalrates a.D., und Klaus Poier von der Karl-Franzens-Universität Graz, dem Jubilar widmeten. Die Themen des im Styria Verlag erschienenen Buches umfassen unter anderem Entwicklungen des politischen Systems in Österreich und in Europa, Veränderungen in der Medienwelt und im Journalismus sowie Herausforderungen der Zeitgeschichte, der Religion und der Kirche. Der Titel wurde in Anlehnung an ein Zitat von Sir Karl Popper gewählt.





© Parlamentsdirektion/Bildagentur  
Zolles KG/Christian Hofer

Höesele, Generalsekretär des Zukunftsfonds der Republik Österreich, gehörte von 2000 bis 2005 dem Bundesrat an und war im ersten Halbjahr 2003 dessen Präsident. Er war Mitbegründer und Mitherausgeber der Schriftenreihe "Politicum" und des "Steirischen Jahrbuchs für Politik". Heute publiziert er in diversen österreichischen Tages- und Wochenzeitungen.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 807,  
18.11.2013)

### "Die Wiener Ringstraße. Der Kunst- und Kulturführer rund um den Ring"

Die Wiener Ringstraße ist ein einzigartiges Gesamtkunstwerk. Nirgendwo sonst auf der Welt gibt es einen vergleichbaren geschlossenen Prachtboulevard des Historismus. Mit dem Ziel, die unterschiedlichen Prachtbauten der Wiener Ringstraße allen Wienerinnen und Wienern sowie Wien-Interessierten näherzubringen, lud Präsident Reinhard Todt am 4. Dezember in das Abgeordneten-Sprechzimmer zur Buchpräsentation. Michael Schmid, Journalist, Pressefotograf und Autor des dreiteiligen Fotobandes "Die Wiener Ringstraße. Der Kunst- und Kulturführer rund um den Ring", stellte in einem Gespräch mit der Architektin Silja Tillner den letzten Band seiner Trilogie "Die Wiener Ringstraße" vor, in dem es um die Bauten und Denkmäler rund um den Ring, deren Architekten und die historischen Hintergründe geht. Nach zwei Bänden, die vom Stubenring über den Karlsplatz zum Burgring führen, trägt der letzte Band nun den Titel "Von Dr.-Karl-Renner-Ring bis Schottenring".



v.li. Autor Michael Schmid mit Christian Rösner, Redakteur der Wiener Zeitung, und der Architektin Silja Tillner  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany

In diesem Buch wird neben Burgtheater, Universität und Votivkirche auch das von Theophil Hansen erbaute Parlamentsgebäude behandelt. Die Trilogie erschien im Echomedia Buchverlag.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 853, 4.12.2013)

### Reinhard Todt zum Ableben von Bundesratspräsident Peter Mitterer

Mit Betroffenheit nahm Reinhardt Todt die Nachricht vom Ableben des ehemaligen Bundesratspräsidenten Peter Mitterer entgegen. Mit seiner objektiven Amtsführung hat sich Peter Mitterer Ansehen und Sympathien über die Fraktionsgrenzen hinweg erworben, erinnerte der Präsident des Bundesrates und sagte: "Unsere tiefempfundene Anteilnahme gilt der Familie des Verstorbenen." Der Kärntner Peter Mitterer war Präsident der Länderkammer im zweiten Halbjahr 2005 sowie im ersten Halbjahr 2010. In Diskussionen über den Bundesrat trat Peter Mitterer stets für Reformen und für eine Aufwertung der Länderkammer ein.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 766, 26.10.2013)



### Resümee über die Kernpunkte der Wiener Präsidentschaft

Die Schwerpunkte seiner Amtszeit fasste Reinhard Todt in seiner Abschiedsrede als Präsident des Bundesrates am 19. Dezember 2013 nochmals zusammen. Zentrale Elemente seiner Präsidentschaft waren für ihn die Stärkung der Rolle des Bundesrates und die Notwendigkeit von Reformen. In diesem Zusammenhang wies Todt auf die im Rahmen der Landtagspräsidentenkonferenz ausgearbeitete einstimmige "Riegersburger Erklärung" hin, die ein verstärktes Mitwirkungsrecht des Bundesrates bei Bundesgesetzen fordert. Darüber hinaus erinnerte Todt an den Kampf gegen die Altersarmut im Sozialstaat Österreich als weiteren Schwerpunkt seiner Zeit als Präsident der Länderkammer sowie an die Enquete zum "Tag der älteren Generation".

Das von Todt abgehaltene Hearing zum Österreichischen Städtetourismus mit hochrangigen Branchenvertretern habe die Bedeutung des Tourismus unterstrichen, und passend dazu lud der Bundesratspräsident zur Buchpräsentation *"Die Wiener Ringstraße"* von Michael Schmid.

Beim Auslandsbesuch in Tiflis wohnte Todt der Inauguration des neuen georgischen Präsidenten Giorgi Margwelaschwili bei und konnte im Zuge dessen über konkrete Projekte der Entwicklungszusammenarbeit sprechen. Außerdem wurden zusammen mit Pensionistinnen und Pensionisten des Österreichischen Pensionistenverbandes 50.000 € für die Renovierung einer bulgarischen Musikschule gesammelt. "Ein kleiner Beitrag gelebter Solidarität zwischen den Generationen", so Todt. Zum Abschluss wünschte Reinhard Todt seinem Nachfolger Michael Lampel aus dem Burgenland alles Gute und eine erfolgreiche Zeit als Bundesratspräsident.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 905, 19.12.2013)



Bundeskanzler Werner Faymann bei seiner Regierungserklärung im Dezember 2013 © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



Bundesratspräsident Reinhard Todt © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz



© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

## Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Institution der Forschung, der Information und des Gedenkens

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) wurde 1963 in Wien von Frauen und Männern aus Widerstand, Verfolgung, aber auch der Wissenschaft mit dem Ziel gegründet, durch die Dokumentation von Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit die Grundlage für die Vermittlung zeitgeschichtlichen Wissens zu schaffen. Seit seiner Gründung waren die wichtigsten politisch-religiösen Gruppen, deren Mitglieder im Widerstand aktiv waren oder vom NS-Regime verfolgt wurden, im Vorstand des DÖW vertreten. Neben den drei politischen Opferverbänden waren dies die Katholische Kirche und die Israelitische Kultusgemeinde, später kam auch ein Vertreter der Roma hinzu. ZeithistorikerInnen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ergänzen den Vorstand ebenso wie seit einigen Jahren auch VertreterInnen verwandter Institutionen, wie beispielsweise der Gedenkstätte Mauthausen im Bundesministerium für Inneres oder des Mauthausen-Komitees. Die parteipolitische Überparteilichkeit stellt ein ganz wesentliches und zentrales Merkmal des DÖW dar.



**Univ. Doz. Dr.  
Brigitte Bailer**

© Parlamentsdirektion/  
Bildagentur Zolles KG/  
Jacqueline Godany

### Wissen um die Geschichte der NS-Zeit in Österreich

Zur in den 1960er Jahren in Österreich neu etablierten Zeitgeschichtsforschung trug das DÖW bereits ab 1965 mit der Publikationsreihe "Monographien zur Zeitgeschichte" wesentlich bei. Neben Arbeiten zu verschiedenen Aspekten des Widerstandes wurden darin Themen angesprochen, die erst viele Jahre später in den Fokus der wissenschaftlichen und öffentlichen Aufmerksamkeit rückten: die Geschichte der Verfolgung und Ermordung der österreichischen Juden ebenso wie der Roma und Sinti. Weitere Editionen späterer Jahre trugen wesent-

lich zur Verankerung des Wissens um die Geschichte der NS-Zeit in Österreich bei, zu nennen sind hier die Dokumentationsbände über Widerstand und Verfolgung in den Bundesländern, die auch Themen bearbeiteten, die damals noch kaum beachtet wurden, wie z. B. Widerstand von Einzelpersonen oder von Wehrmatsangehörigen,

und Anstoß für zahlreiche lokalgeschichtliche Initiativen wurden. Mit den Arbeiten über ÖsterreicherInnen im Exil rückte das DÖW gleichfalls schon früh ein wichtiges Forschungsfeld in den Fokus von Wissenschaft und Öffentlichkeit.

MitarbeiterInnen des DÖW trugen auch später wesentlich zur Etablierung neuer Forschungsthemen bei, wie NS-Medizinverbrechen, justizielle Aufarbeitung der NS-Verbrechen nach 1945 oder Maßnahmen für NS-Opfer nach

1945. 1979 publizierte das DÖW die erste wissenschaftliche Arbeit zum Themenkreis des Rechtsextremismus. Die Sammlung von Informationen und wissenschaftliche Analyse zu rechtsextremen und neonazistischen Aktivitäten in Österreich stellt bis heute einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt des DÖW dar.

### Internationale Anerkennung

In den letzten Jahren widmete sich das DÖW vor allem der Aufgabe, den oft namenlos gebliebenen Opfern von rassistischer und politischer Verfolgung sowie des Widerstandes in mehrjährigen Forschungsarbeiten Namen, Gesicht und damit Individualität zu geben. So konnten bisher Namen und Schicksal von 63.800 der insgesamt mindestens 66.000 österreichischen Holocaustopfer recherchiert und auf der Homepage des DÖW ([www.doew.at](http://www.doew.at)) veröffentlicht werden. Damit, aber auch durch seine übrige Tätigkeit, errang das DÖW weitreichende



ERINNERN

ERFORSCHEN

ERKENNEN

■ Dokumentationsarchiv  
des österreichischen  
Widerstandes

Täter  
Jahrbuch 2014

1938  
Ausstellung

Spanienarchiv  
online

Adolf Unger  
1904 - 1942

Dachau-Transport  
1. April 1938



■ **AKTUELL Vernichtungskrieg**  
 22. Juni 1941: Deutscher Überfall auf die Sowjetunion >>

Termine

**Young Austria**  
Buch- und Filmpräsentation /  
Ausstellungseröffnung, 5. Juni  
2014 >>>

**Die letzten Zeugen**  
ZeitzeugInnenprojekt, 5. Juni  
2014 >>>

**An ein Zurück ist auf lange  
nicht zu denken**  
Führung und Lesung, 5. Juni  
2014 >>>

**Jüdinnen in Linz**  
Vortrag von Verena Wagner, 10.  
Juni 2014 >>>

**Hakoah Wien**  
Vortrag von Susanne Helene  
Betz und Monika Löscher, 11.  
Juni 2014 >>>

Alle Termine >>>

Neues

Neues von ganz rechts -  
Ludwig Reinthaler und die

Website des Dokumentationsarchives, [www.doew.at](http://www.doew.at)

internationale Anerkennung. Die Datenbank kann in der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem ebenso abgerufen werden wie dem Ort der Information beim Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin oder im Jüdischen Museum in Wien. Seit 2013 sind als Ergebnis eines gemeinsam mit dem Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich durchgeführten Forschungsprojekts auch die Namen von rund 8000 Todesopfern politischer Verfolgung auf der Website zu finden. Diese Datenbanken stellen ein wesentliches Instrument des Gedenkens dar, das, wie die Abfragestatistik zeigt, weltweit benutzt wird. Zusätzlich zu den Namen der Toten bietet die Website weiters Informationen zu von der Gestapo Wien erfassten Männern und Frauen und zu jenen ÖsterreicherInnen, die sich an der Seite der spanischen Republik 1936-1939 dem Putsch von General Franco entgegen stellten.

### Sammlungen und Ausstellungen

Die vielfältigen Sammlungen des DÖW – Dokumente, Bibliothek, biographische Interviews, historische Fotos, Plakate, Museumsgegenstände und vieles mehr - können von Interessierten unbürokratisch benutzt werden.

Drei ständige Ausstellungen – Überblicksausstellung im Alten Rathaus, 1010 Wien, Wipplingerstraße 8, Ausstellung zu Opfern und Tätern der Gestapoleitstelle Wien, 1010 Wien, Salztorgasse 6, sowie zu NS-Medizinverbrechen in 1140 Wien, Otto Wagner-Spital – stehen BesucherInnen bei freiem Eintritt zur Verfügung, Führungen sind gegen Voranmeldung kostenlos möglich. Zur Betreuung von Schülergruppen verfügt das DÖW über ein differenzier-

tes Vermittlungsprogramm, das den Jugendlichen die Möglichkeit bietet, sich mit der Zeit des Nationalsozialismus auseinander zu setzen, aber auch undemokratische und rechtsextreme Fehlentwicklungen der Gegenwart zu diskutieren.

Wien verfügt mit dem DÖW über eine international anerkannte Einrichtung, die der Forschung, der Vermittlung und der Gedenkarbeit in wohl einzigartiger Weise gewidmet ist.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes,  
Wipplingerstraße 8, 1010 Wien

Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 9-17 Uhr

E-mail: [office@doew.at](mailto:office@doew.at), Telefon: +43 1 22 89 469/319

Weiterführende Informationen: [www.doew.at](http://www.doew.at).

\*

**Zur Autorin:** Univ. Doz. Dr. Brigitte Bailer, 2004-April 2014 wissenschaftliche Leiterin des DÖW, seit 1979 dessen Mitarbeiterin, 1998-2003 stellvertretende Vorsitzende der österreichischen Historikerkommission zur Erforschung von Vermögensentzug in der NS-Zeit sowie Rückstellung und Entschädigung nach 1945 in Österreich, Lehrtätigkeit am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, zahlreiche Publikationen zu Aspekten von Widerstand und Verfolgung 1938-1945 sowie Entschädigungspolitik und Rechtsextremismus nach 1945.



Antrittsrede von Bundesratspräsident Michael Lampel  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

### **Moderner Föderalismus als Modell für die Zukunft**

Mit 1. Jänner 2014 wechselte der Vorsitz im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz turnusmäßig von Wien an das Burgenland. Neuer Bundesratspräsident wurde Michael Lampel, Bürgermeister von Neufeld und Mitglied des Bundesrates seit Juni 2010. An ihn wurde vom bisherigen Bundesratspräsidenten Reinhard Todt im Beisein der Landeshauptmänner von Wien und dem Burgenland, Michael Häupl und Hans Niessl, am 23. Jänner 2014 im Rahmen eines Festaktes im Wiener Rathaus offiziell der Vorsitz des Bundesrates übergeben.

Als Vorsitzender der Länderkammer werde er sich vehement für eine Modernisierung, Aufwertung und Stärkung des Bundesrates einsetzen, betonte Lampel und zeigte sich erfreut über das klare Bekenntnis der Landeshauptleute von Wien und dem Burgenland zum Bundesrat und zu dessen Aufwertung. Er verwies zudem auf das Arbeitsprogramm der Bundesregierung, welches das Vorhaben, dass der Bundesrat in seinen Aufgaben gestärkt wird, sowie das Bekenntnis zum Föderalismus beinhalte. "Der Föderalismus ist ein fester Bestandteil der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik. Ich bin davon überzeugt, dass der Föderalismus – verbunden mit notwendigen Reformen – auch ein Modell für die Zukunft ist", so der neue Bundesratspräsident Michael Lampel.

Das Thema Energiewende werde einen inhaltlichen Schwerpunkt seiner Amtszeit darstellen, kündigte Lampel an:

"Das Burgenland gilt in diesem Bereich als eine Modellregion. 2013 ist dem Land die Energiewende bei der Stromversorgung gelungen. Und ich sehe in der Energiewende eine Notwendigkeit für den Klima- und Umweltschutz, aber auch die Chance für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und neue Arbeitsplätze."

*(Quellen: PK-Meldungen Nr. 918, 30.12.2013 und 36, 23.1.2014)*

### **Zur Rolle des Bundesrates in der Europäischen Union**

#### **Michael Lampel für einen starken Bundesrat und ein Europa der Regionen**

"Die Zukunft und das Wohl dieser Republik und unserer Demokratie liegen nicht in einem zunehmenden Zentralismus. Die Zukunft liegt in einem modernen Föderalismus, in starken Regionen und in einer demokratischen Politik der Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern", sagte Bundesratspräsident Michael Lampel in seiner Antrittsrede vor dem Plenum der Länderkammer am 31. Jänner 2014. Mit dem Burgenländer Lampel steht ein Mann an der Spitze des Bundesrates, der seine Visionen zugleich aus den historischen Erfahrungen Europas und aus den Erfahrungen seines Bundeslandes speist. Dank eigener politischer Schwerpunktsetzung habe es das Burgenland geschafft, zu einer Modellregion für die Nutzung erneuerbarer Energie und zu einem Musterbeispiel für erfolgreichen Föderalismus zu werden, berichtete Bundesratspräsident Michael Lampel mit Stolz.

"Starke Regionen. Unsere Zukunft!" ist das gemeinsame Motto des burgenländischen Vorsitzes in der Landeshauptleutekonferenz und im Bundesrat. Es zielt auf Vielfalt und Bürgernähe, führte Lampel aus und erinnerte einmal mehr an den wichtigen Beitrag der Bundesländer zum Aufbau und Aufstieg der Republik. Außerdem wies Lampel darauf hin, dass der Bundesrat in einem internationalen Ranking unter 39 Parlamentskammern bei der Wahrnehmung europäischer Kompetenzen den zweiten Platz einnimmt. "Der Föderalismus ist nicht Teil eines Problems, sondern Teil einer Lösung", sagte Lampel und betonte die Bedeutung der Länder-Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes auch für die Zukunft. Die zuletzt aktualisierte Frage nach der Rolle des Bundesrates in dieser Mitwirkung und nach



dessen Zusammensetzung sowie die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern will Lampel ohne Tabus diskutieren. Konkret sprach der Bundesratspräsident über eine Föderalismusreform-Kommission, die auf parlamentarischer Ebene unter Einbindung der Länder ein Gesamtpaket erarbeiten soll, das den Anforderungen eines modernen Föderalismus gerecht wird und eine effektive Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes sicherstellt.

Schließlich hob der Präsident der Länderkammer die gute Debattenkultur des Bundesrates hervor, die besondere Sachlichkeit, mit der die Vertreter der Länder ihre Debatten führen. "Das ist positiv für das Bild der Politik in der Öffentlichkeit", hielt Lampel fest und unterstrich die Bedeutung medialer Berichterstattung für den Bundesrat.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 62, 31.1.2014)*

#### Diskussion mit StudentInnen: Mit "Nadelstichen" für Bewegung sorgen

Bundesratspräsident Michael Lampel ist optimistisch, dass der Bundesrat in absehbarer Zeit aufgewertet wird. Man müsse da und dort Nadelstiche setzen, dann wird sich auch etwas bewegen, sagte er am 14. Jänner 2014 bei einer Diskussion mit Studierenden im Parlament. Rund 80 PolitikwissenschaftsstudentInnen der Universität Wien waren zur Diskussion mit Lampel und den Vorsitzenden der Bundesratsfraktionen in den Sitzungssaal des Bundesrates gekommen. Dass bereits seit Jahren und Jahrzehnten über eine Reform des Bundesrates diskutiert wird, sehen der Bundesratspräsident, Gottfried Kneifel (ÖVP) und Reinhard Todt (SPÖ) nicht notgedrungen als Hindernis für Veränderungen. Man sei noch nie so weit wie jetzt gewesen, betonten sie und verwiesen auf die geplante Einrichtung einer Föderalismusreform-Kommission, die im Regierungsprogramm verankert ist, und auf ein gemeinsam erarbeitetes Reformpapier, welches auch von allen Ländern unterstützt wird. Zudem sei es dem Bundesrat – trotz einigen Widerstands – zuletzt auch gelungen, bei der Mitwirkung an der EU-Gesetzgebung die gleichen Rechte zu erhalten wie der Nationalrat. Wesentliche Reformschritte wären für Kneifel und Todt etwa ein absolutes Vetorecht

des Bundesrates gegen Gesetze, die zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Länder führen bzw. die Wahl des Präsidenten des Rechnungshofes und der Präsidenten des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes durch die Bundesversammlung.

Weniger optimistisch hinsichtlich einer Reformdiskussion zeigte sich der Vorsitzende der Grünen Bundesratsfraktion Marco Schreuder. Er bezweifelte die Bereitschaft in der Politik, gemeinsam an umfassenden Reformen zu arbeiten. Seiner Ansicht nach solle man generell weniger über den Sinn des Bundesrates diskutieren, sondern überlegen, welche Art von Föderalismus man wolle und wie man ihn organisiere. Für einen Weiterbestand der Länderkammer plädierte auch FPÖ-Bundesratsfraktionsvorsitzende Monika Mühlwerth. Sie hält Reformüberlegungen für notwendig, warnte aber davor, im Zuge einer Bundesratsreform Oppositionsrechte zu beschneiden. Im Laufe der Diskussion wurden von den StudentInnen unter anderem auch die geringe Zahl der Einsprüche der Länderkammer gegen Gesetzesbeschlüsse des Nationalrates und die österreichweit uneinheitlichen Jugendschutzbestimmungen angesprochen.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 12, 14.1.2014)*

#### EU-Ausschuss ist Aushängeschild des Bundesrates

Die Neukonstituierung des EU-Ausschusses des Bundesrates, die notwendig wurde, nachdem die Grünen den Klubstatus erhalten hatten, nützte Bundesratspräsident Michael Lampel einmal mehr, um die Unverzichtbarkeit der Länderkammer zu unterstreichen.

Aufgrund der hervorragenden Arbeit des EU-Ausschusses nehme der Bundesrat eine wichtige Stellung als Institution im Föderalismus sowie als eine europäische Kammer ein, zollte Bundesratspräsident Michael Lampel den Ausschussmitgliedern höchstes Lob. Die Tätigkeit dieses Gremiums finde internationale Anerkennung, von 39 parlamentarischen Kammern in der EU nehme der EU-Ausschuss des Bundesrates den zweiten Platz in Bezug auf die Anzahl der eingebrachten begründeten Stellungnahmen im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle ein, zitierte Lampel eine Statistik.

Ausschussvorsitzender Edgar Mayer wiederum ergänzte, dass auch die Qualität der Stellungnahmen des Ausschusses einen hervorragenden Ruf genießt und man diese Anerkennung immer wieder innerhalb der COSAC, der Konferenz der EU-Ausschüsse nationaler Parlamente und des Europäischen Parlaments, erfahre. Mayer betonte insbesondere, wie sehr sich auch die Bundesländer in den Subsidiaritätsprozess einbringen, was auch SP-Bundesrat Stefan Schennach bestätigte. Die Kommunikation mit den Landtagen habe sich intensiviert, die Bemühungen gingen dahin, Städte, Gemeinden und Kammern noch mehr einzubinden. Die Länderkammer sei durch den Vertrag von Lissabon entscheidend reformiert worden und habe sich zu einer Europakammer entwickelt, hob Schennach hervor und zeigte keinerlei Verständnis für die Rufe nach Abschaffung des Bundesrates. Dem pflichtete der grüne Bundesrat Marco Schreuder vollinhaltlich bei und regte an, die EU-Themen auch im Plenum des Bundesrates zu behandeln, um diesen Fragen noch mehr Öffentlichkeit geben zu können.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 25, 21.1.2014)



Die österreichische Delegation bei der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen in Vilnius.

v.li.: Brigitte Brenner, Bundesratspräsident Michael Lampel, Parlamentsdirektor Harald Dossi, Nationalratspräsidentin Barbara Prammer, Helfried Carl und Gerhard Koller © Parlamentsdirektion

## Internationale Kontakte

### Litauen: BR-Präsident Lampel bei der Konferenz der ParlamentspräsidentInnen

Die Lektionen aus der parlamentarischen Subsidiaritätskontrolle fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon waren Thema der Rede von Bundesratspräsident Michael Lampel bei der Konferenz der PräsidentInnen der Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten und des Europäischen Parlaments in Vilnius am 7. April 2014. "Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon lässt sich für den Bundesrat ein äußerst positives Fazit ziehen. Die Subsidiaritätskontrolle hat gemeinsam mit dem politischen Dialog mit der Kommission dazu geführt, dass Europapolitik viel intensiver als zuvor Eingang in die Debatten gefunden hat", so der Bundesratspräsident.

Subsidiaritätskontrolle habe sich nicht als ein "negatives" integrationsfeindliches Instrument herausgestellt. "Im Gegenteil, mehr denn je wird EU-Politik nunmehr als Politik verstanden, die unmittelbare Auswirkungen auch auf die Innenpolitik hat und daher auch im nationalen Parlament aufmerksam verfolgt werden muss", betonte Lampel.

Der Bundesratspräsident berichtete des Weiteren, dass "der EU- Ausschuss des Bundesrates im Jahr 2013 besonders aktiv war und im Zuge der Subsidiaritätsprüfung insgesamt sechs begründete Stellungnahmen zu Entwürfen von Gesetzgebungsakten der Europäischen Kommission abgegeben hat". Damit nehme der Bundesrat im EU-weiten Vergleich nach dem schwedischen Reichstag den zweiten Platz unter den 39 Parlamentskammern ein. In einer jüngst veröffentlichten Studie des Ausschusses der Regionen zur Umsetzung der Subsidiaritätskontrolle werde außerdem das österreichische Verfahren – unter zentraler Beteiligung des Bundesrates – als "europaweites Best-Practice-Modell" hervorgehoben.

Zusammenfassend stellte Lampel fest: "Der österreichische Bundesrat hat das Subsidiaritätsverfahren und den politischen Dialog mit der Kommission sehr gut umgesetzt und damit zu einer Europäisierung der Debatten maßgeblich beigetragen."

(Quelle: PK-Meldung Nr. 301, 7.4.2014)

### Tunesien: BR-Präsident Lampel bei feierlicher Annahme der Verfassung

Bundesratspräsident Michael Lampel nahm am 27. Jänner 2014 in Tunesien in Vertretung von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer an der feierlichen Annahme der neuen Verfassung teil. "Ich hatte Gelegenheit, ANC-Präsident Mustapha Ben Jaafar zur Annahme der neuen Verfassung zu beglückwünschen. Der heutige Tag ist für Tunesien ein Meilenstein im Prozess der Demokratisierung", stellte Lampel fest. Mit dieser neuen, modernen Verfassung könne Tunesien ein Vorbild sein und ein Signal an die gesamte arabische Welt aussenden. Das Land habe drei Jahre nach den Umstürzen des Arabischen Frühlings gezeigt, dass echte Schritte hin zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gesetzt werden können. Lampel: "Österreich hat sich stets bemüht, Tunesien auf dem Weg der Demokratisierung zu unterstützen. Ich wünsche dem Land und dem tunesischen Volk, dass dieser Weg friedlich und erfolgreich fortgeführt werden kann."

(Quelle: PK-Meldung Nr. 45, 17.1.2014)

### Parlamentarische Delegation in Brasilien

Im März 2014 besuchte eine parlamentarische Delegation unter der Leitung von Bundesratspräsident Michael Lampel Brasilien. Der siebenköpfigen Delegation gehörte die Präsidialkonferenz an, womit alle Fraktionsvorsitzenden vertreten waren. Ziel war es, die Beziehungen zu Brasilien, mittlerweile immerhin der viertgrößte Exportpartner Österreichs, insbesondere in wirt-



Bundesratsdelegation bei ihrem Besuch in Brasilien © privat

schaftlicher Hinsicht zu vertiefen. Bereits über 200 heimische Unternehmen sind in Brasilien tätig. Durch den Besuch sollten Kontakte gepflegt und neu geknüpft werden, um damit auch zu einer positiven Entwicklung des Exports und somit zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreichs beizutragen. Das Programm umfasste Gespräche mit führenden Politikern des Landes. Neben wirtschaftlichen Aspekten nahmen auch Sozialprojekte, die Verkehrsinfrastruktur des Landes sowie Fragen der Sicherheit und die Vorbereitungen zur Fußball-Weltmeisterschaft 2014 einen wichtigen Stellenwert ein.

### Besuch des Präsidenten des Unterhauses des afghanischen Parlaments Abdul Rauf Ibrahimi



Aussprache zwischen der österreichischen Delegation mit Bundesratspräsident Michael Lampel mit den Gästen aus Afghanistan unter Abdul Rauf Ibrahimi © Parlamentsdirektion/HBF/Franz Hartl

Im Anschluss an ein Treffen von Nationalratspräsidentin Barbara Prammer mit ihrem afghanischen Amtskollegen Abdul Rauf Ibrahimi, in dessen Mittelpunkt die aktuelle Lage in Afghanistan und der Ausbau der bilateralen Beziehungen standen, wurde Ibrahimi von Bundesratspräsident Michael Lampel empfangen. In diesem Gespräch bekräftigte Ibrahimi – trotz positiver Entwicklung Afghanistans – die Notwendigkeit einer weiteren Unterstützung seines Landes von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft. "Wir brauchen die Stärke und Stabilität dieser Beziehungen auch in Zukunft", unterstrich er im Hinblick auf die bevorstehende vollständige



Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen nationalen Sicherheitskräfte. Lampel bekundete dem Gast gegenüber seine Überzeugung, dass Afghanistan den schwierigen Weg, den es bisher gegangen sei, mit der Unterstützung seiner internationalen Freunde auch weiterhin positiv gehen könne. Nicht zuletzt auch ein engagiertes Parlament, wie es bereits existiere, könne dazu beitragen, dass die Stabilität in Afghanistan langfristig erreicht werden könne, sagte Lampel.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 105, 13.2.2014)*

### Michael Lampel und Harald Himmer im Gespräch mit dem rumänischen Senatspräsidenten Crin Antonescu

Das bereits intensive und freundschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Rumänien, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene, soll auch weiterhin vorangetrieben werden. Darin waren sich Bundesratspräsident Michael Lampel, Bundesrats-Vizepräsident Harald Himmer und der rumänische Senatspräsident Crin Antonescu in einem Meinungsaustausch



Der Präsident des rumänischen Senats Crin Antonescu beim Eintrag in das Gästebuch © Parlamentsdirektion/HBF/Flora Scheibenbauer

im Parlament am 24. Februar 2014 einig. Lampel unterstrich vor allem die große Anzahl österreichischer Investoren in Rumänien, wobei er anmerkte, dass für diese Firmen vor allem Stabilität, Transparenz und Planungssicherheit in Rumänien von besonderer Wichtigkeit seien. Auch Antonescu hob die wirtschaftlichen Beziehungen hervor und informierte seine Gastgeber, dass Österreich in Rumänien den zwei-

ten Platz bei den ausländischen Investoren einnehme. Der Bundesratspräsident machte geltend, dass aufgrund dieser intensiven wirtschaftlichen Beziehungen Österreich und Rumänien besonders im Schwarzmeerraum auch vieles gemeinsam erreichen können. Er nutzte die Gelegenheit, um dem rumänischen Senatspräsidenten zum höchsten Wirtschaftswachstum innerhalb der Europäischen Union zu gratulieren. "Das macht uns nicht zu einem Wirtschaftstiger", meinte zwar Antonescu, "unter den jetzigen Bedingungen in Europa zeuge ein Plus von 3,5 % im Vergleich zum Vorjahr aber von Stabilität und Kraft."

Ein weiteres Gesprächsthema waren alternative Energieformen. BR-Präsident Lampel berichtete seinem Gast über das energieautarke Burgenland und die Erzeugung von Ökostrom. "Österreich ist von einem Stromimporteuer zu einem Stromexporteur geworden", erklärte Lampel dem Gast aus Rumänien. Dieser wiederum versicherte in dieser Frage die offene Haltung Rumäniens gegenüber erneuerbaren Energieformen.

Zum Thema Kompetenzen des Bundesrates innerhalb der österreichischen Gesetzgebung erläuterte Vizepräsident Himmer schließlich dem rumänischen Senatspräsidenten die Rechte der Länderkammer in Österreich.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 131, 24.2.2014)*

### Festivalmarathon "Vom Ural zum Atlantik"

Eine Parlamentarierdelegation aus Russland mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Föderationsrates der Russischen Föderation, Iljas Umachanow, besuchte am 17. Juni 2014 das Hohe Haus und traf mit BR-Präsidenten Michael Lampel zu einem Gedankenaustausch zusammen. Die Gäste aus Russland bereisten mehrere europäische Länder und begleiteten den Festivalmarathon "Vom Ural zum Atlantik", der gerade in Wien Station machte. Gestartet wurde der "Kulturmarathon" am 10. Juni in Perm, der östlichsten Millionenstadt Europas, mit einer Internetkonferenz zum Thema "Russisch im Dialog der Kulturen". Die offizielle Schlussveranstaltung fand am 23. Juni in Moskau statt. Die Route führte über die Europäische Kulturhauptstadt 2014 Riga, Prag, Bratislava, Wien, Valletta und London





Bundesratspräsident Michael Lampel begrüßt die Vorsitzende des russischen parlamentarischen Europaklubs Sinaida Dragunkina  
© Parlamentsdirektion/BKA/Andy Wenzel

nach Lissabon. Die russischen ParlamentarierInnen erläuterten ihrem Gastgeber das Programm, das Ausstellungen, Konzerte, Literatur- und Filmveranstaltungen umfasste, die Etappe für Etappe im Internet ([www.fmarathon2014.com](http://www.fmarathon2014.com)) mitverfolgt werden konnten.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 576, 17.6.2014)

### Bundesratspräsident Lampel empfing chinesische Delegation im Hohen Haus

China ist an einem intensiveren Austausch mit Europa und mit Österreich als einem wichtigen EU-Land interessiert. Diese Botschaft übermittelte der Vizepräsident der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes (PKKCV) Qi Xuchun am 20. Juni 2014 im Gespräch mit Bundesratspräsident Michael Lampel.

Qi Xuchun besuchte das Hohe Haus an der Spitze einer Delegation der Chinese Association for International Understanding (CAFIU). Lampel war erfreut darüber, dass sein chinesischer Gast sich über die Anstrengungen des Burgenlands im Bereich der erneuerbaren Energien gut informiert zeigte und die dabei erzielten Erfolge würdigte. Qi Xuchun verwies auf die Bemühungen Chinas, seine Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, vor allem von Kohle,



Bundesratspräsident Michael Lampel begrüßt den Vizepräsidenten der politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes Qi Xuchun  
© Parlamentsdirektion/BKA/Regina Aigner

zu reduzieren. Im Bereich der erneuerbaren Energien und im Ausbau intelligenter Stromnetze gebe es zwar noch großen Nachholbedarf, jedoch befinde sich sein Land in einem rasanten Aufholprozess, meinte der chinesische Gast und führte aus, auch Österreich könne in vielen Bereichen – wie Tourismus, Kulturaustausch und Umwelttechnologie – von einem verstärkten Austausch profitieren.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 594, 20.6.2014)

### BR-Präsident Lampel unterstützt Projekt "Verbindende Hände"

Der Präsident der Länderkammer unterstützte mit farblichen Abdrücken seiner rechten Hand das Projekt "Verbindende Hände", welches von Fritz Koch in seiner Funktion als Behindertenvertrauensperson im Parlament mit dem Ziel initiiert wurde, mehr Aufmerksamkeit für Behinderte im täglichen Berufsleben zu erreichen. "Ich habe mich sehr gerne für dieses großartige Projekt zur Verfügung gestellt, weil damit ein wichtiger Beitrag zum besseren Verständnis der Situation von Behinderten im Beruf – nicht nur in der Parlamentsdirektion – geleistet wird", so der Bundesratspräsident. Die Bilder, die unter dem Motto "Hand in Hand gemeinsam für alle – Hände, die uns verbinden" ste-



Begrüßung durch Bundesratspräsident Michael Lampel am Gedenktag im Mai 2014 © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

hen, brauchten mehr als vier Jahre bis zu ihrer Fertigstellung. Lampel: "Ich danke allen, die dieses Projekt im Geiste des Miteinanders ermöglicht und mitgetragen haben. Mein ganz besonderer Dank gilt Fritz Koch für sein Engagement und diese einzigartige Initiative."

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 344, 24.4.2014)*

### **Gedenktag 5. Mai 2014**

**"...die richtigen Lehren aus unserer Geschichte ziehen ..."**

Seit nunmehr 17 Jahren wird der 5. Mai, der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, als Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus begangen. NR-Präsidentin Barbara Prammer und BR-Präsident Michael Lampel luden aus diesem Anlass in den Historischen Sitzungssaal des Parlaments. Der ehemalige tschechische Außenminister Karl Schwarzenberg hielt die Gedenkrede. Der einstige Ö1-Chef Michael Kerbler moderierte die Veranstaltung und führte mit den Zeitzeuginnen Dagmar Lieblová und Eva Herrmannová

ein Gespräch.

Die anschließende Aufführung der Kinderoper "Brundibár" von Hans Krása war ein Beitrag, jene Musikschaaffenden, die Opfer des Nationalsozialismus wurden, in der Erinnerung lebendig zu halten. Die Kinderoper "Brundibár" wurde durch ihre Aufführung im Konzentrationslager Theresienstadt in Tschechien berühmt. Unter den Häftlingen befanden sich circa 15.000 Kinder, von denen nur etwa 150 überlebten. Eines von ihnen ist die Zeitzeugin Eva Herrmannová. Sie gehörte zu jenen Mädchen, die im Chor der Kinderoper sangen.

Die Oper brachte ein kleines Stück Freude und Normalität in das Schicksal derer, die die Oper gespielt haben, und derer, die sie bei über fünfzig Reprisen als Zuschauer erlebt haben. Ausführende waren Studierende der mdw – Universität für Musik und darstellende Kunst Wien unter Dirigent Andreas Penninger. Regie führte Beverly Blankenship.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 376, 2.5.2014)*

In seiner Eröffnungsrede fand der Präsident des Bundesrates Michael Lampel folgende Worte:

"Sehr geschätzte Damen und Herren! Der heutige Tag steht im Zeichen des Gedenkens. Wir gedenken der Opfer von Gewalt und Rassismus, wir gedenken der Opfer des Nationalsozialismus. Nationalrat und Bundesrat begehen diesen Gedenktag seit 1998 alljährlich am 5. Mai, denn es war der 5. Mai 1945, als das größte Vernichtungslager der Nationalsozialisten auf dem Gebiete Österreichs, das Konzentrationslager Mauthausen, befreit wurde.

Wir begehen diese Gedenksitzung in einem ganz besonderen Jahr: 100 Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und 75 Jahre nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gedenken wir der Opfer beider Kriege, die in den millionenfachen Morden der Nationalsozialisten ein bis dahin unvorstellbares und in der Geschichte einzigartiges Ausmaß der Entmenschlichung erlitten.

Ich möchte einen Überlebenden des Holocaust, Primo Levi, zitieren:

*„Wir können es nicht verstehen. Aber wir können und wir müssen verstehen, woher es entsteht, und wir müssen wachsam bleiben. Wenn es schon unmöglich ist, zu verstehen, so ist doch das Wissen notwendig. Denn das Bewusstsein kann wieder verführt und verdunkelt werden: auch das unsere.“*

Diesen Worten von Primo Levi folgend muss die Erinnerung an jene Zeit, an das dunkelste Kapitel der Geschichte, wachgehalten werden. Das Wissen ist notwendig. Wir müssen wachsam bleiben!

So wie Primo Levi sind viele Menschen, die noch selbst Zeugnis von den Schrecken und vom Leid jener Zeit ablegen könnten, schon von uns gegangen. Es ist mir daher eine große und ganz besondere Ehre, und es erfüllt mich mit größter Dankbarkeit, dass wir heute bei diesem feierlichen Gedenken auch Frau Dr. Dagmar Lieblová und Frau Dr. Eva Herrmannová, die uns als Zeitzeuginnen die Ehre geben, herzlich begrüßen dürfen. (...) Zu den Verbrechen der Nationalsozialisten: Diese massenhafte und systematische Verfolgung und Ermordung von Menschen ist und bleibt ein ewiges Schandmal unserer Geschichte. Daher müssen wir auch heute noch wachsam sein, wenn diese

Verbrechen in irgendeiner Form relativiert werden. Wir müssen als Staat und Gesellschaft gegen Ideologien, die Hass und Rassismus, die einer menschenverachtenden Politik das Wort reden, wehrhaft sein.

Es darf keine Verharmlosung dieser Verbrechen geben. Es darf kein Vergessen geben. Wir müssen die Erinnerung wachhalten. Wir müssen unseren Beitrag zu einem geistig-politischen Klima leisten, das von Werten wie Toleranz, Freiheit und Menschlichkeit getragen ist. Wir müssen eine demokratische Kultur pflegen, die zeigt, dass wir die richtigen Lehren aus unserer Geschichte gezogen haben.

Von Carl Friedrich Goerdeler, der 1945, kurz vor Ende des Krieges, als Widerstandskämpfer hingerichtet wurde, ist der nachfolgende Satz überliefert:

*„Der bequemere Weg ist der falsche, und der Weg, der am unbequemsten erscheint, ist der richtige.“*

Mögen sich heutige und auch zukünftige Generationen ein Beispiel daran nehmen, und möge auch der heutige Gedenktag dazu beitragen, dass Gewalt und Rassismus, Verfolgung und Ermordung für heute und für die Zukunft keinen Platz in unserer Gesellschaft haben!"

(Quelle: Stenographisches Protokoll)



Aufführung der Kinderoper 'Brundibár' von Hans Krása durch Studierende der mdw-Universität für Musik und darstellende Kunst Wien  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen





Gruppenfoto mit Bundesratspräsident Michael Lampel (Mitte) mit allen teilnehmenden SchülerInnen © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Mike Ranz

## Jugendparlament tagte am 6. Juni

### Einmal selbst PolitikerIn sein

SchülerInnen aus dem Burgenland nahmen für einen Tag die Rolle von Abgeordneten zum Nationalrat ein und erlebten am Ort der Gesetzgebung, wie politische Prozesse ablaufen. Bereits am Vortag, dem 5. Juni 2014, wurden die TeilnehmerInnen des Jugendparlaments von Bundesratspräsident Michael Lampel im Hohen Haus willkommen geheißen. Die Jugendlichen lernten dabei die Räumlichkeiten des Parlaments kennen und erhielten als Vorbereitung auf den nächsten Tag eine kurze Einführung in das Thema.

Aufgrund des burgenländischen Vorsitzes im Bundesrat waren es die Schulklassen der 9. Schulstufe dieses Bundeslandes, die sich für eine Teilnahme bewerben konnten. Folglich wählte eine Fachjury SchülerInnen des Moduls "Politische Bildung" im Gymnasium der Diözese Eisenstadt sowie die Klassen 5B des BORG Jennersdorf, 1AK der Bundeshandelsakademie Neusiedl und 1 BHEL der HTL Pinkafeld.

Beim mittlerweile 13. Jugendparlament arbeiteten die Jugendlichen in vier verschiedenen Klubs ihre Positionen zum (fiktiven) Gesetzesvorschlag "Suchtmittelkonsum" aus und berieten über rechtliche Maßnahmen, um den gesundheitlichen Schaden durch Alkohol, Tabak und leistungssteigernde Getränke zu begrenzen. In Ausschusssitzungen strebten die Klubs eine Mehrheit bzw. einen Kompromiss an, über den schließlich in der Plenarsitzung im Nationalratssaal am Nachmittag abgestimmt wurde.

Unterstützung und Anleitung im Umgang mit parlamentarischen Abläufen erfuhren die Neo-Abgeordneten während des ganzen Tages von MandatarInnen aller Parlamentsparteien sowie von MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion und ausgewiesenen ThemenexpertInnen.

*(Quellen: PK-Meldungen Nr. 530, 4.6.2014 und Nr. 540, 6.6.2014)*



### Bundesrats-Enquete – Ein Blick Richtung Zukunft

Am 25. Juni diskutierten PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen in einer Enquete mit dem Titel "Der Bundesrat – Status und Entwicklungspotenziale", zu der Bundesratspräsident Michael Lampel neben Länder- und InteressenvertreterInnen sowie Föderalismus- und VerfassungsexpertInnen auch Kanzleramtsminister Josef Ostermayer begrüßen konnte, über Gegenwart und Zukunft der Länderkammer.

Eingeleitet wurde die Enquete durch ein Statement von Bundesratspräsident Michael Lampel. Er äußerte sich über das zuletzt von den Ländern abgegebene klare Bekenntnis zum Bundesrat erfreut und bekräftigte, die Stärkung und Aufwertung des Bundesrates sei ein Gebot der Stunde. So forderte er etwa ein echtes Vetorecht der Länderkammer, wenn ein Gesetz Auswirkungen auf die Finanzen der Länder hat. Notwendig ist es seiner Meinung nach auch, die Aufgaben und die Funktion des Bundesrates der Öffentlichkeit besser zu vermitteln. In Anlehnung an Aussagen des burgenländischen Landeshauptmanns Hans Niessl urgierte Lampel eine Diskussion über eine "Zentralismusreform". Zudem sprach sich der Bundesratspräsident dafür aus, möglichst bald einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Bundesrates im zuständigen Ausschuss zu erarbeiten.

Kanzleramtsminister Josef Ostermayer erinnerte an das



Bundesratspräsident Michael Lampel bei der Vorsitzführung  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Arbeitsprogramm der Regierung, in welchem eine klare und moderne Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern angepeilt werde und in dem die Regierung sich zu einer effektiven Mitwirkung des Bundesrates an der Bundesgesetzgebung bekenne. Der Minister wies allerdings darauf hin, dass der Bundesrat bereits jetzt Kompetenzen habe, die er nicht immer ausschöpfe. So seien in den letzten Legislaturperioden des Nationalrates nur ganz wenige Gesetzesinitiativen vom Bundesrat ausgegangen. Allgemein warnte Ostermayer davor, den Gesetzgebungsprozess durch die Übertragung zusätzlicher Kompetenzen an den Bundesrat zu verlangsamen und zu erschweren. Die Enquete sah der Minister als Vorarbeit für die in Aussicht genommene Föderalismusreformkommission auf parlamentarischer Ebene, und er nannte einige konkrete Reformideen, u.a. eine Verlängerung der jeweiligen Bundesratspräsidentschaft von einem halben Jahr auf ein Jahr oder ein Stellungnahmerecht für den BR im Gesetzwerdungsprozess. Für Ostermayer ist auch vorstellbar, dass der Bundesrat bei Landeskompetenzen, die die Länder nicht abgeben wollen, etwa beim Jugendschutz oder bei der Bauordnung, eine koordinierende Rolle einnimmt.

### Föderalismus sorgt für Wohlstand und Sozialen Frieden

Gerhard Steier, Präsident des Burgenländischen Landtages, betonte in seiner Rede, der Föderalismus ermögliche es, besser auf die Bedürfnisse kleinräumiger Regionen und die Anliegen von BürgerInnen einzugehen. Zudem führe das Konkurrenzverhältnis zwischen den Ländern zu einer permanenten Verbesserung der staatlichen Leistungen nach dem Best-Practice-Prinzip. Für notwendig erachtet es Steier, eine Diskussion über die Stärkung des Bundesrates zu führen. Er sprach sich insbesondere für ein ausdrückliches Zustimmungsrecht der Länder zu allen Gesetzen aus, die Länderinteressen berühren. Bei einem Patt zwischen Nationalrat und Bundesrat wäre ihm zufolge ein Vermittlungsausschuss ein tauglicher Weg. Steier regte außerdem an, den LandtagspräsidentInnen ein Teilnahme- und Rederecht bei Bundesratssitzungen zu gewähren.

Neben einer Ausweitung der Rechte des Bundesrates bedarf es nach Überzeugung von Steier aber auch faktischer Schritte.

Der Bundesrat müsse sich aus der Umklammerung des Nationalrates loslösen und könnte sich etwa als Reformmotor der Republik ein neues Profil geben, bekräftigte er. So solle der Bundesrat vermehrt Gesetze in Gang setzen. Damit könnte es gelingen, vom "Reformzölibat" in Österreich wegzukommen. Steier regte zudem an, den bevorstehenden Umbau des Parlaments zu nutzen, um die Selbstständigkeit und Bedeutung des Bundesrates auch räumlich herauszustrichen.

### Bundesrat soll nicht "more of the same" des Nationalrates sein

Viktor Sigl, Präsident des Oberösterreichischen Landtages, zeigte sich überzeugt, dass der Föderalismus der Republik gerade in den letzten fünf bis sechs Jahren immens viel gebracht hat. Durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009 sei etwa die Wirtschaftsleistung von Oberösterreich und der Steiermark um vier Prozent geschrumpft, den Ländern sei es aber gelungen, "durch sehr individuelle und sehr treffsichere Gegenmaßnahmen" die Entwicklung abzufedern. Ohne föderale Strukturen wäre das seiner Meinung nach nicht so gut gelungen.

Den Bundesrat sieht Sigl als wichtiges Gremium, um die Interessen der Länder und Gemeinden auf Bundesebene darzulegen. Er stellte allerdings die Effizienz der Länderkammer infrage. Der Bundesrat solle nicht "more of the same des Nationalrates" sein, sondern gezielt Schwerpunkte setzen. So schlug Sigl vor, sich bei allgemeinen Gesetzen etwas zurückzunehmen und sich dafür umso stärker dort einzubringen, wo es um zentrale Interessen der Länder und Gemeinden geht.

### Reform muss an Rechtsstellung und an Fraktionsdisziplin ansetzen

Der Direktor des Instituts für Föderalismus, Universitätsdozent Peter Bußjäger, ortete eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem real existierenden österreichischen Bundesrat. Die primären Funktionsdefizite liegen nach Ansicht von Bußjäger einerseits in der schwachen Rechtsstellung und andererseits in dem Umstand, dass die Bundesräte ihr Abstimmungsverhalten an jenem ihrer Parteikollegen im Nationalrat ausrichten. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Vorschläge zur Reform

des Bundesrates gemacht, erinnerte Bußjäger. Der Österreich-Konvent habe etwa vorgeschlagen, die Länderkammer im Vorfeld des Gesetzgebungsprozesses zu stärken und ihm frühzeitig die Möglichkeit zu geben, sich einzubringen. Das sogenannte Ländermodell wiederum sehe u.a. eine Aufgabenentflechtung vor, wobei das derzeit bestehende umfassende Einspruchsrecht des Bundesrates entfallen würde. Generell müsse eine Reform des Bundesrates aber sowohl an der Rechtsstellung als auch am faktischen Abstimmungsverhalten seiner Mitglieder ansetzen. Außerdem müsse es die Bereitschaft geben, bisherige Entscheidungsmuster zu überdenken und tief eingegrabene Geleise der politischen Abläufe in diesem Land zu verlassen, resümierte Bußjäger.

### Status und Potenziale von Zweiten Kammern im internationalen Vergleich

Politikwissenschaftliche Erkenntnisse über den Status und die Entwicklungspotenziale Zweiter Kammern aus einer international vergleichenden Perspektive präsentierte Universitätsprofessorin Gisela Riescher. Sie wies zunächst auf zwei Forschungs- und Publikationsprojekte zum Thema Bikameralismus an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg hin, in deren Rahmen 16 Zweite Kammern aus unterschiedlichen Staatsformen (föderal bzw. unitarisch) und mit verschiedenem Bestellmodus (z. B. Direktwahl, indirekte Wahl, Benennung, Mischverfahren) untersucht wurden. Die WissenschaftlerInnen sind u.a. zum Schluss gekommen, dass die Legitimation und die Bedeutung der Zweiten Kammern bei territorialer Repräsentation am größten ist, während ständische Repräsentationsprinzipien an Bedeutung verloren haben, erläuterte Riescher. Der Bikameralismus erfülle zudem dort wichtige Systemfunktionen, wo er zu einem verhandlungsdemokratischen Element werde, Entscheidungen rationalisiere und unterschiedliche parteipolitische, ethnische, gesellschaftliche, aber auch ständische Gruppierungen in den legislativen und exekutiven Prozess einbinde.

Was die Situation in Österreich betrifft, so stellen große Koalitionen und die politisch starke Einbindung der Verbände jenseits des Bundesrates einen breiten Konsens bereit und schwächen damit die Position des Bundesrates, führte Riescher

weiter aus. Bei einer solchen parteipolitischen Doppelung könne nur eine umfassende und mit der Ersten Kammer gleichberechtigte Kompetenzaufteilung eine starke Zweite Kammer herstellen. Deutlich werde, dass Zweite Kammern unter den Aspekten der Repräsentation von Minderheitenpositionen, der Reflexion von Mehrheitspositionen und der Erweiterung der Konsensbasis in modernen Demokratien ein Set an systemfunktionalen Erfordernissen erfüllen, unterstrich Riescher.

Im weiteren Verlauf der Diskussion meldeten sich die politischen VertreterInnen zu Wort, wobei einleitend die vier Vorsitzenden der einzelnen Bundesratsfraktionen ihre Positionen klar zum Ausdruck brachten. Auch wenn in Details unterschiedliche Meinungen vertreten wurden, so brachten doch alle BundesrätInnen den Wunsch zum Ausdruck, in eine offene Reformdiskussion einzutreten und entsprechende Schritte zu unternehmen.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 606, 25.6.2014)*



© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

### **Bundesratspräsident Lampel zieht Bilanz über den burgenländischen Vorsitz**

"Starke Regionen. Unsere Zukunft" war das Motto des Bundesrates im ersten Halbjahr 2014. Unter burgenländischem Vorsitz wurde diese Zielsetzung intensiv verfolgt, wie auch die wieder aufgeflamnte Diskussion über den Bundesrat zeigt, betonte der scheidende Präsident Michael Lampel. "Ja, wir brauchen Reformen, wir brauchen einen modernen Föderalismus, damit wir unsere Aufgaben im Interesse der BürgerInnen bestmöglich erfüllen können. Aber wir brauchen auch eine Reform des Zentralismus, damit staatliche Einrichtungen ihren Aufgaben sparsam, effizient und rasch nachkommen können". Lampel trat für eine sinnvolle Aufgabenteilung ein und hob positiv hervor, dass die Bundesregierung in ihrem Arbeitsprogramm vorgesehen hat, den Bundesrat in seinen Aufgaben zu stärken. Es gebe auch ein klares Bekenntnis der Landeshauptleute zum

Bundesrat. Eine Aufwertung des Bundesrates wäre gleichbedeutend mit einer Modernisierung des Föderalismus und würde auch den Entwicklungen in einem Europa, in dem den Regionen eine immer größere Bedeutung zu Teil wird, Rechnung tragen. Wenn man sich die Situation in Europa heute anschau, dann stünden nicht jene Länder mit dem stärksten Zentralismus besser da, sondern jene, in denen das föderale Prinzip herrsche.

Bei der Parlamentarischen Enquete seien der Status und die Entwicklungspotenziale des Bundesrates sehr eingehend beleuchtet worden. Lampel: "Wir müssen diese Entwicklungspotenziale nutzen, wir müssen weiterhin gemeinsam dafür arbeiten, dass diese Potenziale als Chance und schließlich als Notwendigkeit erkannt werden. Das Ziel muss weiterhin lauten: Ein starker Bundesrat im Rahmen des bundesstaatlichen Prinzips."

Dass der Bundesrat neue Aufgabenbereiche ausgezeichnet bewältigen kann, habe er nicht zuletzt als Europakammer, bei der Mitwirkung an der EU-Gesetzgebung durch die Subsidiaritätskontrolle, unter Beweis gestellt. Der österreichische Bundesrat gehöre zu den aktivsten parlamentarischen Kammern in Europa, strich Lampel hervor.

Der Bundesrat habe in den vergangenen Monaten etliche internationale Kontakte gepflegt und ausgebaut, so die Bilanz des Präsidenten, etwa mit Brasilien oder Tunesien. Auch hier im Parlament konnte Lampel viele hochrangige politische VertreterInnen aus dem Ausland zu Arbeitsgesprächen begrüßen. Weitere Höhepunkte seien der Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Mai mit dem ehemaligen tschechischen Außenminister Karl Schwarzenberg und Zeitzeuginnen sowie die Begegnungen mit SchülerInnen im Rahmen des Jugendparlaments gewesen. Bei einer Enquete zu den Themen Nachhaltigkeit und erneuerbare Energien wurden regionale Potenziale und Zukunftsperspektiven vielseitig beleuchtet.

Die sechs Monate Bundesratsvorsitz hätten ihn bestärkt, weiterhin für einen starken Bundesrat, für einen gelebten Föderalismus als Erfolgsrezept und auch für die Zukunft der Republik Österreich einzutreten, so die positive Bilanz von Michael Lampel.

*(Quelle: PK-Meldung Nr. 618, 26.6.2014)*

## Landeshauptmann Hans Niessl: "Starke Regionen – unsere Zukunft"

Es ist wichtig, Mitglied einer großen Gemeinschaft, der EU, zu sein, betonte Burgenlands Landeshauptmann Hans Niessl am 10. April 2014 im Bundesrat. Er erinnerte daran, dass sich das Burgenland seit dem Fall des Eisernen Vorhangs vor 25 Jahren von einer Grenzregion zur Vorzeigeregion im Herzen eines neuen Europas entwickelt hat. Dank EU-Förderungen in den Regionen konnten Arbeitsplätze entstehen und der Export angekurbelt werden. Aber als kritisch bezeichnete Niessl die Überregulierung, die auch die Regionen betreffe. Er wünsche sich ein Europa der Regionen, und diese Regionen sollten entsprechende Kompetenzen haben und ihre VertreterInnen einerseits im Bundesrat und andererseits in den Gremien der EU präsent sein. Zudem müsse der EU-Ausschuss der Regionen aufgewertet werden, konstatierte Niessl.

### Regionalität als Erfolgsrezept für die Zukunft

Der Landeshauptmann sieht Regionalität als Erfolgsrezept für die Zukunft, obwohl nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Krise in der Ukraine die große Bedeutung der EU für die Sicherheit und als Friedensprojekt zu sehen sei.

Regionalität sei wichtig für Lebensqualität, bedeute Bürgernähe und habe viel zum Aufstieg aller Bundesländer beigetragen. Niessl betonte, dass mehr Zentralismus nicht automatisch Einsparungen bringe, und er wies darauf hin, dass besonders in den Bereichen Gesundheit, Bildung oder Sicherheit Angebote in der Nähe der Wohnorte notwendig seien.

### Stromautarkie des Burgenlandes

Stolz zeigte sich Niessl auf die Energiewende im Burgenland, mit der 2013 ein europaweit historisches Ziel erreicht werden konnte. Dieser Weg zur Stromautarkie durch Windkraft, Biomasse und Photovoltaik, wodurch mehr Strom geliefert als im Burgenland verbraucht werde, sei für ganz Europa einzigartig und ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Auch Umweltschutzorganisationen wurden bei den Planungen einbezogen, betonte Niessl. 2014 soll



Der burgenländische Landeshauptmann Hans Niessl bei seiner Rede vor dem Bundesrat © Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Mike Ranz

der Ausbau weitergehen und dabei noch mehr Green Jobs geschaffen werden. Beim Thema Energie habe das Burgenland erst kürzlich bewiesen, dass starke, selbstbewusste Regionen auch auf EU-Ebene "aufzeigen" können. Im EU-Ausschuss der Regionen wurde einstimmig eine burgenländische Stellungnahme zum Thema "Leistbare Energie für alle" beschlossen. Darin werden Wege aus der steigenden "Energiearmut" in Europa aufgezeigt, die sich an der erfolgreichen Energiewende im Burgenland orientieren, verdeutlichte Niessl.

### Stärkung und Aufwertung des Bundesrates

Klar trat Hans Niessl für den Bundesrat als Interessenvertretung der einzelnen Bundesländer ein und betonte das Subsidiaritätsprinzip. Ein neuer Finanzausgleich sollte z.B. durch ein Vetorecht des Bundesrates verhindert werden können. Niessl sprach sich aber gegen eine Steuerhoheit der Länder aus. Es gelte, die Balance zwischen zentralistischen Notwendigkeiten und föderalistischen Zweckmäßigkeiten herzustellen.

(Quelle: PK-Meldung Nr. 314, 10.4.2014)



## Vielfältige Kunst aus Neufeld an der Leitha

Am 6. Mai 2014 lud Bundesratspräsident Michael Lampel zur "Vernissage mit Werken burgenländischer KünstlerInnen" in den Bundesratssalon des Parlaments. "Das Burgenland zeichnet eine besondere kulturelle Vielfalt aus. Daher war es mir sehr wichtig, während meiner Präsidentschaft auch der Kunst und Kultur aus dem Burgenland im Parlament eine Plattform zu geben", sagte Michael Lampel bei der Eröffnung. Danach führte der Obmann des Künstlervereins Neufeld, August Knappe, durch die Ausstellung. Für die musikalische Umrahmung sorgte das Blechbläserquartett des Arbeitermusikvereins Neufeld. Der Künstlerverein Neufeld wurde 1981 gegründet und bis 1988 vom Grafiker und Maler Wilhelm Polster nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten von Amerika mit einigen Gleichgesinnten geleitet. 1988 übergab er die Leitung des Vereines aus gesundheitlichen Gründen an den derzeitigen Obmann August Knappe. Dem Verein gehören derzeit 18 Mitglieder an. Lampel: "Als burgenländischer Präsident des Bundesrates bin ich stolz darauf, zeigen zu können, welchen künstlerischen und kulturellen Reichtum das Burgenland und ganz besonders meine Heimatgemeinde Neufeld zu bieten hat."



v.li. Der Obmann des Künstlervereins Neufeld August Knappe zeigt Bundesratspräsident Michael Lampel die Werke  
© Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Leo Hagen

Neben kleineren Ausstellungen in anderen Gemeinden werden zwei Ausstellungen im Kulturzentrum Fred Sinowatz in Neufeld organisiert, die sich immer einer großen Besucherzahl erfreuen. Die Ausstellung im Parlament zeigt Werke von Friedrich Grof, Gertraud Kögl, Fritz Mieder, Maria Miedler, Anton Polster, Gottfried Troindl und dem Kurator der Ausstellung August Knappe.



Blechbläserquartett des Arbeitermusikvereins Neufeld mit Bundesratspräsident Michael Lampel in der Mitte © Parlamentsdirektion/Zolles KG/Leo Hagen

## Übersicht betreffend die Tätigkeit des Bundesrates 2. Halbjahr 2013 und 1. Halbjahr 2014 (Quelle: Bundesratskanzlei)

	2013	2014
Sitzungen	3	6
Gemeinsame Sitzungen NR/BR	-	-
Bundesversammlung	-	-
<b>In Verhandlung genommen:</b>		
Gesetzesbeschlüsse	57	31
Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG	5	2
sonstige Zustimmungen	-	-
davon Einsprüche	-	-
davon 8-Wochen-Fristablauf	-	-
Ablehnung im Ausschuss	-	-
Vertagung im Ausschuss	-	-
Ablehnung im Plenum	-	-
Übergang zur Tagesordnung	-	-
Stimmgleichheit	-	-
Staatsverträge	12	10
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG	5	2
davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-	-
davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG	-	-
davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen	3	1
sonstige Zustimmungen	-	-
Beschlüsse des Europäischen Rates	-	-
davon Zustimmung nach Art. 23i Abs. 4 iVm Art. 50 Abs. 4 B-VG	-	-
Vorhaben im Rahmen der EU gemäß Art. 23e B-VG	-	-
davon EntschlieÙung angenommen	-	-
Begründete Stellungnahme des BR gem. Art. 23g Abs. 1 B-VG	-	-
Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder	4	17
Berichte der Volksanwaltschaft	1	-
<b>Eingebracht:</b>		
Schriftliche Anfragen	5	54
davon Dringliche Anfragen	1	1
Besprechungen von Anfrageantwortungen	-	1
Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung	-	-
Gesetzesanträge	-	1
davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG	-	-
Selbständige EntschlieÙungsanträge	1	4
Unselbständige EntschlieÙungsanträge	3	6
davon angenommen	-	-
Anträge, Einspruch zu erheben	2	2
davon angenommen	-	-

**Sonstiges:**

	2013	2014
Erklärungen von Landeshauptleuten	-	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	1	-
Fragestunden	-	1
Aktuelle Stunden	1	4
Durchführung einer Enquete	1	2

**Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:**

	2013	2014
EU-Ausschuss	5	6
Stellungnahmen gemäß Art. 23e Abs. 4 B-VG	4	2
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	1	3
Ausschussfeststellungen	-	-
Aktuelle Aussprache	-	1
AusschussentschlieÙungsantrag	-	-
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	1	2
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	1	2
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	1	1
Ausschuss für Familie und Jugend	-	2
Finanzausschuss	2	4
Geschäftsordnungsausschuss	-	1
Gesundheitsausschuss	1	1
Gleichbehandlungsausschuss	1	1
Ausschuss für innere Angelegenheiten	1	3
Justizausschuss	1	2
Landesverteidigungsausschuss	1	1
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2	2
Ausschuss für Sportangelegenheiten	-	1
Umweltausschuss	2	2
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	1	2
Unvereinbarkeitsausschuss	2	1
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	2	3
Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie	1	1
Wirtschaftsausschuss	1	2
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	1	2
Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-	-





TÄTIGKEITSBERICHT DES BUNDESRATES 2013/2014

